

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboverrechnungspreis mit der täglichen Unterhaltungsbilag 10 Pf. für den Frauen- und Jugendteil einschließlich Sonntagsblatt monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntäglich 10 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 10 Pf. — Erstausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Dr. Brügelstraße 14. Tel. 3465.
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Brügelstraße 14. Tel. 1789.
Geschäftstage von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postzettel werden die 6 geplattete Seite mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsabos 20 Pf. Zulater müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194.

Dresden, Dienstag den 23. August 1910.

21. Jahrg.

Wohnungselend.

Aus München wird uns geschrieben:

Das städtische Statistische Amt veröffentlicht jetzt das Ergebnis der Wohnungsverhebung, die in den Jahren 1906 und 1907 auf sozialdemokratischer Anregung hin vorgenommen worden waren. Die Veröffentlichung kommt rechtlich spät, so daß die Ergebnisse teilweise durch die Entwicklung überholt sind. Die städtischen Kollegen haben die Aufarbeitung der Erhebung gefälschlich verzögert, wünschte man doch, daß die Wohnungssituation möglichst spät konkret werden möchte, um dann sagen zu können, daß die Erhebungen nur noch ein historisches Interesse hätten. Genau so ist es mit der Nürnberger Wohnungssituation gegangen.

Aber die Ergebnisse reden leider nicht von Seiten, die überzeugen sind. Ihre Zahlen erzählen für den Missenden jene furchtbaren Romane des Lebens, die heute noch im wesentlichen genau so gelebt werden. Der großstädtische Bodenbesitzer, der ein paar Leute Reichtümer in den Schuh wirft, ruht der großen Masse Haustung und Heim. Das Proletariat wird noch dazu bestraft, daß es auf einem Standort arbeitet. Denn nur darin besteht die Intelligenz des Bodenbesitzers, daß große Massen, auf einem engen Raum zusammengelebt, anderen Schäfe erarbeiten. Das ist der Kreislauf. Der Unternehmer schürt erst Mehrwert aus der Arbeit des Proletariers, dann aber fällt die kapitalistische Spalte wieder über diesen langen Böhm her und holt ihn aufsteigend zurück: der Arbeiter mit Söhnen und Söhnen, der Wissenspalant mit dem Wohnungszins, der Staat endlich mit Steuern auf die Notdurft des Proletariats. Und für alle diese ungeheuerlichen Opfer muß der Proletarier sich noch schlecht nähren, noch lämmatisch wohnen und wird zum Überfluss schließlich vom Staat und den anderen Ausbeutern über behandelt. In den Zahlen der Münchner Wohnungsstatistik wird die Hygiene zum leeren Sport, die Sittlichkeit zur gemeinsten Geuselie, das Familienleben zum brutalsten Böhn. Und denkt man vollauf daran, daß München die berühmte Künstlerstadt ist, in der das Kunstgewerbe Triumph feiert, und wo man so herlich es versteht, mit erlebtem Geschmack Künstlerisch und gesundheitlich ideale Wohnungen zu schaffen, so wirken alle diese Verhältnisse als aufsteigende Gauleiter, sobald man sie mit den Zahlen dieser Wohnungsstatistik zu vergleichen sucht. Man führt den Arzt, den Moralisten, den Familiendienstlern, den Künstlern durch diese Wirklichkeit der Mollenquartiere und fordert sie auf, in diesen Räumen unter diese Umstände ihre Auffassungen zu erfüllen.

Bei der Erhebung wurden 189 194 Wohnungen erfasst, von denen nur 4,5 Prozent leer befunden wurden. Auf ein Kameo kommt durchschnittlich 35 Bewohner, in einzelnen Bezirken liegt die Wohnungsdichte unheimlich bis zu einem Haushalt von 86 Wohnungen und 288 Einwohnern. Es wurden im ganzen 19 876 Beanstandungen gezeigt, auf 100 Häusern 135,5 Beanstandungen. Von den Wohnungen hatten 71 eine Bodenfläche von weniger als 6 Quadratmetern. Die härteste Wohnblöße ist die mit zwei Räumen, zu ihr gehören 20 Prozent aller Wohnungen. 84 757 = 60,9 Prozent Wohnungen gehören zu den Kleinwohnungen mit einem bis zwei Räumen. Eine für München typische und sehr ungünstige Erziehung sind die Teilwohnungen. Größere Wohnungen werden in verschiedenen Städten an verschiedenen Mietern vergeben, so daß diese Wohnungen überhaupt in sich nicht abgeschlossen sind: Vorplatz und Abort werden gemeinsam benutzt. Es gibt Wohnungen, die bis an 10 Porteien vermietet sind. 34 910 = 25,1 Prozent aller Wohnungen sind solche Teilstimmungen, und ein Fünftel der Bevölkerung, 105 510 Einwohner, wohnen in kleinen Halb-, Drittel-, Viertel- und Buntel-Wohnungen. Nicht weniger als 14 990 Räume = 10,8 Prozent sind nur indirekt belichtet; 8580 von ihnen werden als Schlafräume bewohnt. Nur wenig mehr als die Hälfte aller Wohnungen verfügt über einen eigenen Abort, in den eigentlichen Arbeiterquartieren sogar nur ein Drittel. In 445 Räumen mußte ein Abort für fünf und mehr Wohnungen genügen. Einen abgeschlossenen Vorplatz halten nur 61,2 Prozent der Wohnungen, alle andern halten gemeinsame oder gar keine Vorplätze. In 1273 Fällen dienten die Vorplätze als Schlafräume.

Großartig ist die Überfüllung der Wohnungen, in denen sich das ganze Dasein der Familien, ihre Wirtschaft und auch ihre Arbeit abspielen. Nimmt man als Mindestmaß 10 Kubikmeter Luftraum für die Person an, so waren 850 Wohnungen mit 5254 Personen überfüllt; bei einer Annahme von 15 Kubikmetern wohnten 84 438 Personen, mehr als die Hälfte Kinder, in 624 überfüllten Wohnungen. Noch schlimmer steht es mit den Schlafräumen, von denen bei der Mindestförderung von 10 Kubikmetern Luftraum 11 029 Räume mit 39 910 Personen überfüllt waren. Unter Voraussetzung von 15 Kubikmetern Luftraum müssen 128 681 Personen in 42 121 überfüllten Schlafräumen nötigen, das heißt, Linden statt erstaunlichen Schlummer — Vergiftung! Auf die hingewiesen.

Die Herstellung der Familie durch häßliche, enge und überfüllte Wohnungen, durch Teilstimmungen wird noch durch das Mietmietwohnungswesen verstärkt. 29 075 Wohnungen beschränken noch Mietmietier, und gerade in diesen Wohnungen herrschte obendrein noch ein Bettmangel; in mehr

als einem Drittel der Mietmietwohnungen wurde solch Bettmangel festgestellt.

Sowohl also die Armut, eng aneinander gedrängt, in ungefördeter Vermischung mit fremden Elementen, von der schlechten Luft der Großstadt nur einen kümmerlichen Teil abfindet, ohne Licht und nicht nur in einem Raum, sondern auch in einem Bett zusammengepfercht. Und für dieses Wohnungsglück muß schließlich ein hoher von Jahr zu Jahr in die Höhe getriebener Zins gezahlt werden. So hausen die Bewohner einer Stadt, durch die Tag für Tag die Fremden die ganzen Welt strömen, um ihre Sehenswürdigkeiten zu bestaunen und sich an ihrem fröhlichen Volksleben zu lustigen.

Vom Katholikentag.

Am 21. August.

Am Tag der Restaurierung zum Burschtag — in einer engen Gasse hinter dem Dom — lädt ein mit grünen Papierblättern umrahmtes rostfarbenes Plakat die Gäste mit folgendem Spruch ein:

So heil wie Kohlenglut
Sei unter Glaubenskaut,
Die Liebe immerdar

Das Klingt in den beiden ersten Zeilen wie eine Märtverstimme aus der Katastrophenzeit des Christentums, in der zweiten häfts aber wie die Schlußwendung einer braven Kriegervereinsrede aus dem Jahre 1910. Das Bekennnis zu Thron und Altar steht vor trefflich in die Gedächtnissätze der Kaiser und der Heiligen. Aber Glaubenskaut ist wohl nicht nur zur Teilnahme an diesem Katholikentag noch sonst im deutschen Reich vorbereitet. Woher soll man den Aufwand von Bekennnisamt nehmen, wenn alles, aber auch alles sich in den Dienst der "guten Sache" stellt.

Alle Behörden wetteifern ja in Huldigungen für den Katholikentag, die Bürgerschaft beträgt und besagt die Häuser, die Geschäftsführer stellen ganz minderlich ein Kapitell ins Schaufenster, und die Armee lehrt ihre Musikkorps für den Heiligen der. Selbst die Katholiken öffnen die Geldschweine. Ein Gedenksond in der Höhe von 135 000 M. ist für die Festzüge vereit gestellt. Die Festhalle im Stadtpark — ein ehemaliges Ausstellungsgebäude — ist eigens für diesen Zweck aus- und umgebaut worden. Die Halle hat riesige Dimensionen und ist himmelhoch. Das Holz- und Glitzerwerk ist dunkel, hell, heiter angepinnt, mutet aber in seiner Unreinheit ziemlich farbenlos an. Die weite Halle ist in gold durchwirkt. Zimmerngrößen gestaltet. Man kann den dekorativen Wert von gelb angestrichenen Säulenpaaren bewundern. Auf der Bühne herrscht eine Stuhl- und Handorgel wie im barocken Reichsrat; neben einem hölzernen Klappstuhl schöne alte majestätische Schnitzstühle mit goldenen Rahmen und purpurinem Seidenpolster, und hochlehnige grüne Stühle mit schwarzem Schnitzwerk. Über der Nebentribüne hängt ein Christusbild, ihre Front ist von drei Bildern flankiert: in der Mitte der Papst, links der Bringergent, rechts Wilhelm II. Somit sind reichlich Wappenschilder, Girlanden und Kränze im Saale angebracht. Ganz redoutensibel wirken die großen handbehängten Bronzetrommler ...

Schon am Samstag abend ist die ganze Stadt in Bewegung. Schon haben Scharen von Geistlichen und Bauern, Sonntag aber in aller Frühe spielen die Extratage unaufhörlich Menschenmassen aus. Vom Bahnhof flutet sie die Hauptstraße entlang, rasten in den Wirtschaften und Biergästen. Nicht lange nach Sonnenaufgang reicht alles nach Wahrträgen, Weißwurstchen und Kraut. Dann füllt die Menge die Straßen, besamt die goldene Stadt des Rathauskales, und sammelt sich draußen auf dem Exzerzierplatz zum Festzug.

Um 2 Uhr beginnt diese Hauptleistung des Katholikentages, die bedeutamste Demonstration, der alle mißliegen Regelnwidrig gewidmet ist. Der Zug erfordert wirklich ein wenig Glaubenskaut: denn es ist erstaunlich, wie heilig. In schnellstem Schritt gehen die schwipenden Massen vorüber: mehr als zwei Stunden dauert der Vorbeimarsch. 22 000 Personen sollen zum Festzug gemeldet sein, und der in viele kleine Trupps gegliederte Zug mit den zahlreichen Musikkorps und den unzähligen Rahmen scheint fast noch größer zu sein, besonders wenn man die Menge Geistliche betrachtet, deren jeder sein Haupt führt. Sichtbar man aber mit der Uhr in der Hand, so kommt man höchstens zu 15 000 Teilnehmern. Es ist ein kluger Einfall, daß man die Akteurbereder an die Spitze stellt, die also vorübermarschieren, wenn die Empfänglichkeit noch frisch ist: so hasten die Akteure eine im Bewußtsein, und die Wucht über die Akteure, die dem Bemühen mehr und mehr entzieht, möchte man ja vor allem demonstrieren. Dennoch gelingt die Täuschung nicht. Man dat aus der bairischen und schwäbischen Nähe alle möglichen Gruppen zusammengetragen, aber die großen Industrieorte sind nur spärlich vertreten, aus Rheinland-Westfalen fast gar nichts. Besondere Sorgfalt hat man an die Gruppe der christlichen Elternbeamten gewandt, um die sozialdemokratische Konkurrenz zu blaffen. Im Zug sind nur wenige Frauen, und wenig volksärmliche Eigenart und Farbe. Ein und wieder, aber ganz selten, eine Bürgerintracht. Heilig wirkt eine Schar von Buben in blauer Kapuzenkappe, wie Musterade ein paar jüdisch-mittelalterlich kostümierte Augsburger Gesellen.

Der Zug läßt sich auf. Die Masse stürmt die Wirtschaften und Bierhäuser. Nur ein Teil geht in die Versammlungen, wo ein hoher Anteil an die Akteure umgesetzt hält.

Am Abend ist die erste Sitzung. 79 Veranstaltungen werden zwischen Sonntag und Donnerstag erledigt. Darunter Märkte:

Montag ziehen die Studenten auf, und das Programm verbündet: "Vierzigter des erlauchtesten hochgebornen Herren Grafen Bischof Breitburg auf Schloß Dolzen." — Welch ein Glaubenskaut!

Augsburg, 21. August.

Die erste geschlossene Versammlung des Katholikentages begann mit Absendung von Deutschen an Papst und Kaiser, die von Unserer Freiheit trieben. Karl Bachem hielt die übliche Rede für die "Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes", womit die Tagesordnung erledigt war. Ebenfalls am Montag vormittag fand eine Ver-

sammlung der katholischen Lehrer und Lehrerinnen statt. Professor Dr. Martin Spann Straßburg hielt den Vortrag über Das Amt des Lehrers und seine Weltanschauung. Er polemisierte gegen das "Phantom der autonomen Schule"; dabei gehe die Autorität der Kirche und des Staates verloren. Wenn in Lehrerkreisen die Erfahrungen nach einem interkonfessionellen Christentum oder gar nach religiösen Schulen zugemessen haben, so sei der Staat selbst schuld, der die Lehrerausbildung funktional gestaltet hat; das widerspreche dem Ideal der konfessionellen Volksschule. Viele Lehrer hätten sich einer Bewegung angeschlossen, von deren legenden Zielen sie doch nichts wissen wollen. Gegen diese Bewegung müsse ein schärfster Gegenbruch ausgeübt werden; die Lehrerchaft könne nicht Herr der Schule sein, die Schule müsse sich der Kirche unterordnen.

Rathaussitz stand in der Kleinen Halle eine von 6000 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt. Reichstagssitz. Oberlandesgerichtsrat Max dominierte gegen die Religionsfreiheit unserer Zeit. "Unglaube und Umsturz erheben immer höher ihr Haupt und finden, was und mit besonderem Schaden erfüllt, namentlich auch unter den Bildern der Jugend Unhang." Redner protestierte gegen "die tendenziöse Ausbildung" erstellter und mißverstandener Stellen des "Konservativen Engpass". "Richtung Rom!" heißt die Parole und "Mit Gott für König und Vaterland!" das Feldgeschrei. "Krieg dem Unglauben und dem Irrtum." Der Bischof von Augsburg, Kitter, Brixlegg, hielt dann eine Ansprache, in der er u. a. sagte: "Wir wollen doppelchristianisch sein. Jenseits der Alpen wohnt unter gleicher Kappe, dem von Gott die Gewalt gegeben ist in kirchlichen Dingen (fürstlicher Weißfahne), und jenseits des Jura wohnt unter Kaiser, dem von Gott die Gewalt gegeben ist in weltlichen Dingen (Fürstlicher Weißfahne). Treu zum Papst und treu zum Kaiser soll der Laienfried unser Verhandlungen sein! (Fürstlicher Fürstlicher Weißfahne.) Hierauf kniete die 6000-läufige Menge nieder und empfing den bishöflichen Segen. Ferner sprach der österreichische Alderman Dr. Ebenhofer in Wien über Weltanschauung.

Eine Ekklomunikation.

Recht hastend zum Augsburger Katholikentag bringt das Amtsblatt des Augsburger Erzbistums in amtlich feierlichem Latein die Bekanntmachung der Ekklomunikation Dr. Siedenbergers, der vor sieben Jahren Geistlicher war und sich jetzt vergebens bemüht hat, Dispens für seine Heirat zu erhalten. Es schlägt jungfräulich ohne Dispens — eine bürgerliche Ehe und veröffentlicht zugleich jenen leidenschaftlichen offenen Brief gegen den Papst. Die klerikale Antwort auf diese Rebellion ist die Publikation der großen Acht, in dem folgenden Monaten, dem man nur an der Durchlegung anmerkt, daß es nicht aus dem Mittelalter stammt:

Nachdem der R. Theologprofessor Dr. Otto Siedenberger wider die Verpflichtung seines Standes die bürgerliche Ehe eingegangen hat, ist er dadurch von selbst der Ekklomunikation verfolgt gemäß der Bestimmung der Constitution Apostolica sedes vom 12. Oktober 1869: Wer erklärt, daß der großen Ekklomunikation verfallen alle gewölklichen Mönche sowie Regularien oder Ordensleute, die nach dem feierlichen Gelübde der Keuschheit eine Ehe eingehen, und alle, welche mit einer der vorbezeichneten Personen eine Ehe schließen."

Die Kündigung ist zum mindesten eine öffentliche Insinierung, die besonders schwer gegenüber der Frau ist, die kleinste Gelöbnis abgelegt hat. Herr Siedenberger sollte es einmal mit einer Beleidigungslage gegen den Erzbischof versuchen. Das wäre interessant.

Deutsches Reich.

Die kommende Militärvorlage.

Es scheint, daß man es in maßgebenden Kreisen doch nicht für ratsam hält, diesem Reichstag noch eine Militärvorlage in großem Umfang zu unterbreiten. Doch die Absicht bestanden hat, steht außer allem Zweifel. Wahrscheinlich wurde den Mahnungen des Bistums Gehör geschenkt, nicht noch mehr Erbitterung für den kommenden Reichstagswahlkampf aufzuhäufen. Es wird berichtet, daß sich der Kriegsminister auf die Aufstellung des Heeresetats nicht allein grobe Einschränkungen auferlegt habe, sondern daß sich auch die Militärvorlage in sehr begrenzten Grenzen halten werde und im wesentlichen zunächst nur einige unaufdringbare technische Forderungen für den Train, die Verkehrsstruppen und die Fußartillerie bringe, ferner einige provisorisch errichtete Formationen etatismäßig seile. Dagegen sei keine Verstärkung der Kavallerie geplant. Besonders habe der Kriegsminister die Forderung von 530 000 M. an Pferdegeldern für Generale vollkommen fallen lassen.

Aus diesen Ankündigungen ist zu entnehmen, daß „zunächst“ das gefordert werden soll, was der Kriegsminister für unabdingbar hält. Mit seinem Wort ist aber davon zu bedenken, daß er nicht nur an die Stelle des im nächsten Frühjahr ablaufenden Quinquennats gesetzt werden soll. Es hat vielmehr den Anschein, als ob man doch wieder zu der zuerst gefestigten Absicht zurückkehren will, wonach das Quinquennat mit einigen Veränderungen zunächst auf ein Jahr verlängert werden soll. Damit ist aber die Täuschung nicht aus der Welt geworden, daß eine Militärvorlage in großem Umfang angekündigt wird.

Ob diese Vorlage nun noch dem alten Reichstage zugeht oder ob sie dem neuen Reichstage unterbreitet wird, ist lediglich eine taktische Frage. Die Hauptfrage ist, daß die Mehrforderungen für die Armee unter allen Umständen kommen werden. Man wird sich auch die im vorraus gerechnete Sparsumme des Kriegsministers recht genau ansehen müssen. Im vorangegangenen Heeresetat ist auch „gespart“ worden mit dem Resultat, daß, wenn die Rechnungsergebnisse vorliegen, jedenfalls eine Überschreitung der Etatsansätze zu verzeichnen ist. Die ganze Sparsumme war nur eine Täuschung.

Die Grenzen auf!

Auf eine Möglichkeit, zur Vinderung der Fleischsteuerung in Deutschland und Mitteleuropa wohlfühles Bier vom Auslande einzuführen, hat der argentinische Konsul in Wien hingewiesen. Er hat, wie die Deutsche Fleischergesetzung erfährt, dieser Tage erklärt, daß die argentinische Regierung wohl im der Lage wäre, wöchentlich eine Schiffsladung von 1500 bis 2000 Kintern bester Qualität nach Triest zum Verkauf zu bringen. Der Preis für ein solches Stück Rindfleisch von über 700 Kilogramm Lebendgewicht, das jetzt in Österreich etwa 700 bis 900 Kronen kostet, würde sich in Argentinien nicht höher als auf etwa 200 Kronen stellen. Wenn die deutsche Regierung eine solche Einsicht gestatten würde, so würde sie trotz aller Fracht- und Untersuchungspesen dieses Bier frei Hamburg noch immer ganz erheblich billiger stellen als im Inlande Fleisch weiter milder Qualität.

Die Deutsche Tageszeitung, das Kampforgan der Fleischwucherer, wird Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um den "Beweis" zu liefern, daß jedes Stück Rindfleisch aus Argentinien bis in die Knochen hinein verfault sei.

Die Handelskammer in Mainz hat in einer ausführlichen Eintrage an das Reichsministerium darauf aufmerksam gemacht, daß die die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch und Fleischwaren eingetretene Verhältnisse eine ernste Bedrohung durch die Staatsregierung drohen. Es wird auf die Fleischergesetzung hingewiesen und gedeckt, daß der Staatsregierung Schritte zu unternehmen sind, durch die eine billige Versorgung besonders der Arbeiterbedrohung mit Fleisch sichergestellt wird. Die Staatsregierung wird erachtet, eine Erleichterung der Einfuhr von Schlachtfleisch und auswärtigem Fleisch und Fleischwaren zu veranlassen.

Ein "Ausnahmefall".

Nach dem Prozeß gegen den General v. Gagern wurde bewundert gestagt, wie es möglich sei, daß ein Edelsseer und Sohn so lange sein schamloses Unrecht treiben könnten, ohne dadurch in seiner militärischen Laufbahn irgendwie gestört zu werden. Endlich hat man im Kriegsministerium die Antwort auf diese Frage erstanden. Der L.-A. erfährt "auf Anfrage an zuständige Stelle":

"Es ist abzuhängen, ob eine eingehende Untersuchung veranlaßt werden darf, ob die rücksichtslos den zur Sprache gebrachten Verfehlungen auf den Grund gehen wird, wenn die Verabschiedung des Gesetzten auch schon sechs Jahre, die übrigen Vorgänge fast zwölf Jahre zurückliegen. Wie in allen Fällen, so wird auch hier ohne Aufsehen der Person eingeschritten werden, wobei es insbesondere gemischtlicher Prüfung bedürfen wird, ob und inwieviel die damaligen Vorgesetzten von den nahen Beziehungen des Generals zu der Frau eines Untergebenen gewußt haben. Ohne nähere Prüfung kann im vorliegenden Falle, der sich bei einem altem Dienstbeamten Pionierbataillon zugestanden haben soll, von einer Schuld des Vorgesetzten nicht gesprochen werden. Für diese ist es, wenn sie sich nicht am Urteil befindet, oft sehr schwierig, sich über interne Angelegenheiten des Offizierkorps zu unterrichten. Jeder, der die Armee kennt, weiß aber, daß Untersuchungen bei und nicht an der Tagesordnung sind."

Uebigens ist, wie wir hören, die Angabe, daß General von Gagern wegen seiner Heirat mit seiner Haushälterin verschleidet sei, nicht zutreffend.

"Untersuchungen sind bei uns nicht an der Tagesordnung." Mit Verlaub: Wie war es denn beim Altenstein-Prozeß? Bestand dort nicht die ausdrückliche Vereinbarung zwischen den Prozeßteilern und der Verteidigung, keine Namen zu nennen? In Altenstein präfften die Spione die Namen von den Dächern. Und in der Zukunft schreibt Harden, es wäre ein leichtes gewesen, ein halbes Hundert von Trägern des bunten Rades zu nennen, die der Frau Hauptmann sehr nahe gestanden seien.

Betrifft jammert die Deutsche Tageszeitung: "Der Fall (Gagern) bleibt aber eine tiefernde, erschütternde Mahnung an die, die berufen sind, über die Ecke unseres Heeres und unseres Offizierkorps zu wachen. Wir sind stolz auf das deutsche Offizierkorps, wir können stolz sein und wollen stolz bleiben. Deshalb möge man dafür sorgen, daß Schädlinge des Offizierkorps möglichst bald beseitigt werden!"

Niemand hindert die Deutsche Tageszeitung daran, auf die Gagern usw. usw. stolz zu sein.

Von den Rechten der Herren im Hause.

Das preußische Oberverwaltungsgericht hat über die Bezeichnung der Unternehmer, auf ihre Arbeit bei den Wahlen einzutreten, eine Entscheidung von großer Tragweite gefällt. Die Gemeindevertretung hatte eine Wahl für ungültig erklärt, weil ein Fabrikdirektor in unzulässiger Weise auf seine Arbeit einen gewisst habe. Es stand fest, daß der Fabrikdirektor Arbeiter in seinem Betriebe erwartet hatte, bestimmte Personen zu wählen. Während in der Vorführung die Wahl für ungültig erklärt worden war, erachtete das Oberverwaltungsgericht die Wahl für gültig. Es führt u. a. aus: Wahlbelehrungen können überhaupt nur in einem Vertrag kommen, als sie tatsächlich von unkenntlicher Bedeutung für das Endresultat der Wahl waren. Unternehmer und Beamte dürfen ebenfalls an der Wahlaktion teilnehmen. Nachstelle oder Vorteile dürfen aber nicht in Aussicht gestellt werden. Unternehmern steht es frei, ihren Arbeitern mitzuteilen, welche Kandidaten sie für geeignet halten; auf die Wähler dürfte jeder Mann einwirken, unzulässige Wahlbelehrungen liegen aber dann vor, wenn dadurch auch ein fester Mann zum Wahnen gebracht werden wäre.

Die Entscheidung öffnet den Weg zu einer gesellschaftlichen Praxis besonders für alle Wahlen, die infolge der öffentlichen Abstimmung genau kontrolliert werden können. Ein "Erwischen" der Unternehmer bedeutet die nicht ausgedrohnte Drohung, daß die Arbeiter auf Zechenplätzen siegen werden, wenn sie sich dem Erwischen nicht willig sind.

Kapitalistische Steuerschau.

Die Frankfurter Zeitung bringt einen Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Nähmaschinen-Firma Singer & Co. in Deutschland nur außerordentlich wenig Gewinn bezahlt. Das Hauptgeschäft der Gesellschaft, die Singer Manufacturing Company, hat ihren Sitz in Amerika und wirft den Aktionären umgehendere Dividenden ab. Die Dividenden sind so hoch, daß sie teilweise zur Vergütung des Aktienkapitals verwendet werden konnten, das von 1 Million Dollar im Jahre 1878 nun auf 60 Millionen Dollar angewachsen ist. Die deutsche Filialgesellschaft der Singer Company zahlt im Gegensatz hierzu nur ganz geringe Dividenden. Seit 1900 ist dreimal überhaupt keine Dividende erzielt worden; in den anderen Jahren schwanken sie zwischen 4 und 8 Prozent. Dieser geringe Ertrag des deutschen Geschäfts wird nun in der Frankfurter Zeitung darauf zurückgeführt, daß das amerikanische Stammbüro der deutschen Filialgesellschaft die Maschinen zu einem ganz besonders hohen Betrag anrechnet und dadurch erstaunlich ungünstige

Gewinne herbornt. Der Artikel weist nun darauf hin, daß es für den deutschen Steuerfiskus ganz interessant wäre, einmal die Verbuchungs- und Verrechnungsart der deutschen Filialgesellschaft der Singer Company einer eingehenden Kontrolle zu unterziehen. Es scheint in der Tat, als ob die vielen Millionen, die die amerikanische Stammbüro jährlich aus Deutschland herauszieht, in Deutschland nicht in entsprechender Weise der Steuerpflicht unterworfen werden.

Der Rautschow-Apostel.

Zie die Magdeburger Zeitung meldet, wird der nationalliberalen Abg. Goerde-Brandenburg diesen Donnerstag seine "Informationsreise" nach Italien antreten. Im Auftrage des Reichsmarineamtes wird der unternehmende Reichstagabgeordnete, der dem Reichstag nicht mehr angehören wird, von dem Regattakapitän Brünninghaus begleitet werden. Abg. Dr. Goerde trifft als Gast des Reichsmarineamtes, das deshalb auch die Kosten der Reise trägt. Die Kosten müßten von den Steuerauhm aufgebracht werden; denn andere Einnahmequellen hat das Reichsmarineamt nicht. Die Fahrt für den parlamentarischen "Studentenreisen" kostet bis Vladivostok etwa 600 M. für seinen Transport ebensoviel; der Transportpreis beläuft sich auf die hohen Tagessalden, die für im Ausland lebende deutsche Offiziere zuständig sind. Dabei hat die Reise durchaus keinen Zweck, denn der Abg. Goerde braucht nicht erst überzeugt werden, daß die nationalliberalen Abgeordneten er ohnehin alles, was die Regierung haben will. Unter diesen Umständen ist diese Reise weiter nichts als ein Privatvergnügen, das hier dem Abg. Goerde aus Kosten der Steuerzahler verschafft wird. Für diese Verschwendung der Steuerzahlergruppe müßten die Nationalliberalen die Verantwortung übernehmen, wenn im Reichstag diese kuriose und höchst kostspielige "Information" eines nationalliberalen Abgeordneten erzielt wird.

Bürokraten-Eiser.

Der Frankl. Sta. wird folgende wahre Geschichte mitgeteilt: Kürzlich erhielt die lgl. Kriegsregierung von X an das Y-Kmt. in Z folgende Verfügung: "Nach erstattetem Bericht sind von dem beauftragten Bureau zu lösen im Maximum 2 Pfennige — zwei Pfennige — nicht verbraucht worden. Diese sind, da für andere staatliche Zwecke benötigt, der Staatskasse zurückzuerstattet." Die 2 Pfennige erforderten zunächst einen Besuch des Vorstandes des Y-Kmts., daraufhin diese Verfügung und zum Schlus die Verrechnung; was das für eine Arbeit bedeutet, versteht aber nur Stassenbeamte, die wissen, durch wie viele Tagebücher, Kassen- und Hauptbücher diese 2 Pfennige wandern müssen. Armer Staatsrat, der so "sparen" muß und dabei so viele Beamte unnötig beschäftigt mit Berichten und Verrechnung von 2 Pfennigen!

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Jahr 1909 haben sich nach dem Endabschluß wesentlich günstiger gehalten, als der Staats-Bericht vorah. Der Reichsanziger bringt eine Darstellung der vom Voranschlag abweichennden Einnahmen und Ausgaben. Danach sind an ordentlichen Einnahmen, sowohl sie dem Reich verbleiben, 22.678.778,00 M. im ganzen mehr aufgesammelt, während an Windelausgaben 40.619.808,24 M. zu verzeichnen sind. Hierdurch waren entstehen der verantragten 239.757.900 M. nur 126.460.318,76 M. als Fehlbetrag vorläufig auf die Anleihe zu übernehmen.

Die Bewohner des Deutschen Reichs. Das kürzlich erschienene Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich gibt die Bevölkerung, die das Deutsche Reich Witte dieses Jahres gebaut hat, auf 64.775.000 Personen an. Diese Zahl beruht auf einer bisherigen Schätzung auf Grund der bisherigen Bevölkerungszahl. Für Witte 1909 ist die Bevölkerung auf 68.879.000 geschätzt, so daß im Laufe des letzten Jahres eine Zunahme um 8.860.000 Personen stattgefunden haben würde. Bei der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1900 hatte das Reich 60.641.278 Einwohner, so daß in den seitdem verflossenen 9 Jahren eine Zunahme von etwas mehr als vier Millionen Einwohnern stattgefunden haben wird.

Zum deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Der wirtschaftliche Ausschuß, in dem die Agrarier die Mehrheit haben, war zum September zu einer Sitzung eingeladen worden, in der die Vorarbeiten für den deutsch-schwedischen Handelsvertrag erledigt werden sollen. Diese Sitzung ist nun verschoben worden, weil beim Reichsamt des Innern noch neues Material aus den Kreisen der Industrie eingelaufen ist, das erst nach einer Sichtung unterzogen werden muß. Der Handelsvertrag mit Schweden, der zurzeit in Geltung ist, wird am 31. Dezember 1911 ablaufen, so daß der neue Handelsvertrag noch in diesem Reichstage erledigt werden muß.

Die betrübten Statistiken, die auf Anlaß der Schloßentzweiung in Döbeln eine fälscherliche Polenvernichtungs-Rede erhofften, suchen ihren Hörerhall zu verschleieren und heben rascher weiter. Die Geschäftsstelle des Osmarientheins in Berlin beschreibt folgende Reise an die bürgerliche Preise:

Die Böserer Kaiserkette enthält sich eines voluminösen Eintrags auf die aktuelle Polenpolitik. Doch wäre es u. E. durchaus verfehlt, hieraus auf eine Aenderung der nationalen Ostmarkenpolitik zu schließen. Kaiser und Regierung sind sich im Gegenteil, wie wir bestimmt verstehen können, darin einig, daß der bisherige Kurs eingehalten und fortgesetzt werden muß. Und man wird in dem kleinen legendären Zugeständnis an das Potentium, wie sie vereinzelt für diese Gelegenheit angekündigt waren, nur eine Verstärkung dessen zu erkennen haben, daß eine Wendung im Sinne der Polen und des Jenseitens nicht bedacht ist. Man hat nur den gegenwärtigen Anlaß für ungeeignet gehalten, aktuelle Fragen der Polenpolitik zu berühren.

Die Regierung hat seine Ursache, dem Ostmarkenverein für diese Rundgebung dankbar zu sein. Sie wird nicht dazu beitragen, die deutsch-schwedischen Sympathien der Polen zu verstärken.

Grenzschärfes. Der Berliner Wallon Hilberbrand, früher Angestellter Berliner, wurde beim Passieren der russischen Grenze wiederholt beschossen. Die Landung erfolgte glatt bei Warschau.

kleine politische Nachrichten. Die bulgarische Regierung hat den Vorschlägen der Porte bezüglich der Rückkehr der bulgarischen Flüchtlinge zugestimmt. Die zurückkehrenden Flüchtlinge werden an drei Grenzpunkten nach Ablieferung der Waffen von den türkischen Behörden übernommen. Mit dieser Verständigung scheint der türkisch-bulgarische Streitfall beigelegt. — Das Sandatschal Rovi Bagar herrscht vollständige Anarchie. Bewaffnete türkische Banden kreuzen durch das ganze Land, plündern die Reisenden und die serbische Bevölkerung, überqueren sogar die serbische Grenze und plündern die Dörfer in Serbien in der Nähe der Grenze. Wegen dieser Unsicherheit in der Grenzverkehr sehr gefährlich und der Handel in der Zukunft bedeutend geschädigt worden. — Der amerikanische Präsident Taft hat in einem Schreiben an den Vorsitzenden des republikanischen Komitees der Landeskraft Newkirk jeden Bruch zwischen ihm und Roosevelt категорisch in Abrede gestellt und erklärt, daß der Anschein eines solchen Bruches von den reaktionären Republikanern künstlich hervergebracht worden sei.

Ausland.

Portugal.

Revolutionsschwung.

Paris, 22. August. Nach hier vorliegenden Nachrichten aus Lisabon ist die Lage der Regierung außerordentlich bedrohlich. Selbst Regierungsbürokraten wie der Secalo versichern das Bestehen eines terroristischen Komplotts, dessen Ziel der Sturz der Regierung, Seangewissigung der Minister und Herstellung einer Militärdiktatur sei. Der Herzog von Oporto flüchtete vor einem Aufmarsch in Seebad Cascais in eine Feste. Die Regierung hat Truppen und Seebooten zur Unterstützung der revolutionären Bewegung bereit. Sie glaubt, auf die Kreise der Armee zählen zu können.

Vulkan.

Bündnisbestrebungen.

Wien, 22. August. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Besuch Halli-Pasha in Rumänien habe nicht nur den Zweck gehabt, in Sofia eine gewisse Abdankung zu erzeugen, sondern in Voransicht eines bulgarischen Vorstoßes gegen Moldawien und Transsilvanien zu verhindern. Auch hierzu hätten die Rumänen die Kräfte an der bulgarischen Grenze zu mobilisieren unter dem Vorwand, daß es gleichfalls die Interessen der walachischen Moldau zu schützen hätte; als Gegenleistung würde die türkische Regierung offiziell die moldauischen Walachen annehmen und ihnen ein walachisches Exarchat errichten, wie dies auf russischer Verlangen seinerzeit für Bulgarien geschah. Durch die rumänische Mobilisierung würde ein großer Teil der bulgarischen Streitkräfte freigelegt. In türkischen politischen Kreisen wird der Abschluß eines Rumänisch-türkischen Bündnisses erwartet.

Amerika.

Der Umschwung in Nicaragua.

Mexico, 22. August. Es wird hier bestätigt, daß der im Juli vom Parlament an das verjagten Belisario Gómez gelebte Präsident Madrid endgültig gestürzt und gestellt ist. In der Hauptstadt Managua herrscht Banik. Madrid ist mit seiner Familie geflüchtet und steht im Begriff, das Land zu verlassen. Auch seine Anhänger bereiten sich zur Flucht vor. Da nachfolgerhaft hat nicht der bisherige Präsi. der Revolutionäre, General Estrada, sondern dessen Bruder, José Estrada, übernommen. Dieser hat eine Proklamation erlassen durch die den Aufständischen die Regierung übertragen wird. In Managua sollen schwere Auszeichnungen vorgenommen sein. Die amerikanischen Einwohner fühlen sich sehr beunruhigt. Die Aufständischen stehen etwa 12 Meilen vor der Stadt. Es heißt, daß in Managua eine außerordentliche Menge durch die Straßen drängt wie dem Aal. „Tod den Yankee!“. Die Gefährlichkeit und das Monopol seien bewahrt. Aus Bluefields wird gemeldet, daß Madrid Bluefields geräumt und Estrada dort besiegt hat.

Ost-Afrika.

Die Annexion Koreas.

Tokio, 22. August. Die Annexion Koreas durch Japan ist nun mehr erfolgt.

Das Kaiserreich Korea ist nicht mehr. Durch die offizielle japanische Proklamation wurde es Japan als Provinz eingeverlebt. Die Annexion, die nach dem Abschluß aller diplomatischen Vorbereitungen längst als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde, ist durch die Verhandlungen über die Zukunft der bisherigen Koreanischen Dynastie noch verzögert worden. Nun ist auch dieser Punkt erlebt; doch seit 18 Jahren regierende Herrscherhaus, dessen Oberhaupt erst vor 18 Jahren zum Kaiser proklamiert wurde, ist endgültig in den Kreis der deposedierten Familien eingerückt und die Fähne des Tenuo steht künftig allein noch über der großen Halbinsel im Gelben Meer.

Seit fünf Jahren hat schon niemand daran gezwitschelt, daß es so kommen werde. Seit jener Novembermarkt im Jahre 1905, wenige Wochen nach dem Kortümbecker Friedensschluß, in der der Kaiser Zi Long sein Siegel unter den ersten Staatsvertrag mit Japan setzte, war Korea nur noch ein japanisches Protektorat gewesen. Denn die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten des Landes wurde Japan übertragen. Völlig zu Herren der Halbinsel wurden die Japaner dann zwei Jahre später, als sie, zur Strafe für seinen missglückten Appell an die Haager Konferenz, den Kaiser zur Thronübertragung zwangen. Sein Nachfolger, der heute 38-jährige Kaiser Wilhelm, lebt in Süß nur noch als japanischer Gefangener. Nun hat Japan durch den letzten Federstrich vollständig gemacht, was es erstrebt, hat zugleich freie Bewegung in der Südmandschurei und ungehinderten Spielraum zu seiner kolonialen Ausbreitung in seiner nunmehrigen Provinz Korea, die heute 10 Millionen Einwohner trägt. Für die Wahl des Zeitpunktes der Annexion waren gute Gründe maßgebend. Der Kaiserreich-Korea waren gute Gründe maßgebend. Der japanische Regierung mußte, nachdem jetzt der Südmandschurische Ausgleich mit daran liegen, die Koreaner Koreas vor dem Ablauf des Bündnisses mit England durchzuführen. Auch die gegenwärtige verwickelte Situation in China, die das Reich der Witte zu einer auswärtigen Union unfähig macht, möchte maßgeblich wirken. So glaubt Japan offenbar leichter als unter andern Zeithundrändern sich mit einem etwaigen Protest der Vereinigten Staaten abfinden.

Badischer sozialdemokratischer Parteitag.

cb. Offenburg, 21. August.

In der Debatte über die Frage der Budgetentlastung kam zweitens Kaiser-Karlsruhe zum Wort: Der 10. badische Reichstagwahlkreis, den Ged. im Reichstag vertritt, präsentiert gegen die Unterstellung, bei seiner Sitzung gegenüber der Budgetentlastung einer künftig einzusetzenden Regierung gestellt zu sein. Sie sollen schlecht orientiert sein, dabei das Ged. sieht den Ged. erbracht, daß er über wichtige Aktionen im badischen Land durch keinerlei Sachverständige geträgt. Im Gegenteil, mit sind die badischen Regierung dorthin für die in der Debatte niedergelegten Anträge. Unser Stellungnahme muß bestreitet sein, daß der gesamte Tätigkeits der Fraktion. Wie wir die 20 Minuten erbringen möchten bei uns allen wohl der Gedanke auf, daß es diesen zweckmäßig ist, das große in die gesetzte Beratung zu reichen. Diese Frage können wir heute richtig beurteilen. Der Karlsruher Ged. ist von Diplomaten und Beamten sehr gut gemacht. Es müssen aber auch Stellung nehmen gegen die Ausflugsdrohung und gegen den Wortwurf, unsere Abgeordneten seien nicht mehr würdig, weiter Abgeordnete zu sein. Wir müssen unsere Abgeordneten feiern und uns allein haben das Recht, sie zu bestimmen. Dieser Ged. kann

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Potschappel , Fortsetzung	Herrn. Fischer, Schuhw. Rep. W. Ernst Schäffer, Gold- u. Silberw.	P. Morgenstern, Uhr., Goldw., Brill.	Rudolf Lederer Göddes Spezialhaus. Herren- Damen- u. Kinder-Konfektion.	Albert Möhles, Schuhwaren. Clem. Winkler, Schuhwaren. O. Thomas, Berg. a. Möbeling. Herrn. May, Strumpf- u. Wollw.	Radebeul Rich. Fährmann, Bäckereimaster Louie Lange, Fleischerei.	Tharandt
Central-Theater Sprech-Sang Festivals u. a. P.	Metropol-Kino, Neuig. Dienst. Elbw. H. Spörke, Kolonial- u. Manufaktur	Rabenau	E. Böttcher, Bierhandlung. Wiesental-Brauerei .	Maxempf. Herren-, Damen- und Kindergartenkurse.	Tiglich	
Carl Paul Konfekt., Kleiderstoffe, Putz, Manufaktur- u. Modewaren.	M. Henker, Bäck., Kond., Café. Osw. Huber, Brot- u. Feinkost. Max Zimmermann, Bäckerei. C. Göttsche, Kaffee- u. Wurstw. P. Zimmerschmid, Kaffee- u. Käsekasse. A. Hahn, Kaffee, Krapfen, Spirit. Fr. W. Kusack, Kaff. u. Fleisch. Heiner, Watzek, Schuhkunst. E. Klem, Uhren, Goldw., Musikw.	Radeberg	P. Zimmermann, Koch., Papierdr. Georg Hipp, Cigarren. Adler-Drogerie, Otto Schumann. Markt-Drogerie, Otto Schumann. Max Klein, Kessl., Werk., Uhrenher. Emil Küba, Frärm., Nähm. etc. Krause, Präsentkundige Eduard Krämer, Kranke.	C. Heinrich, Käsefabr., Käse- u. Käse.	Uhren, Goldw., Opt. Löffers akmtl. Krankenk.	
Blinnberg, Kaffeehaus, Thurnplatz 12	F. Löbner, Korb- u. Kindergarten.		Max Guhr Kolonial-, Delikat., Grindau, Süßfrüchte.	Uhrn., Goldw., Opt. Löffers Krause, Goldw., Brillen. F. Thümler, Korb- u. Kindergarten.	Uhrn., Goldw., Opt. Löffers Krause, Goldw., Brillen.	
Z. Uhlig, M. Fahr. Seif., Schatt., Weiß, Fassbinder, Schuhspann-Gesell.	A. Hahn, Kaffee, Krapfen, Spirit.		Richard Förster, Zahnteller.	Löffers Krause, Goldw., Opt. Löffers	Uhrn., Goldw., Opt. Löffers	
			Geist, pr. a. zah. Osw. Zschunke	Krause, Goldw., Opt. Löffers	Krause, Goldw., Opt. Löffers	

Für das Bezugsquellen-Verzeichnis verantwortlich: Joseph Wichterich, Leipzig, Schillerstraße 7.

Deutsch. Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Dresden u. Umg.

Mittwoch den 24. August 1910, abends 8½ Uhr
in der Zentralhalle, Fischhofplatz

Bauschlosser-Versammlung.

Tagesordnung:

Stellungnahme zu einem Lohntarif für alle in der Bauschlosserbranche beschäftigten Arbeiter.

Es ist Pflicht aller in Betracht kommenden Arbeiter, in dieser wichtigen Versammlung
zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis.

Partei-Sekretariat: Döhlen, Döhl.
Fischer, Friedensstraße 17/18, I.

Vertreter: Biedenkopf von 8 bis
1 Uhr und 2 bis 5 Uhr. Wiederholung
bis 7 Uhr abends.

Bezirk Deuben u. Umg.

Donnerstag den 25. August, abends 9 Uhr, im Gasthof zu Rieben-
höchstädt. **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung:
1. Vortrag über: Aus der Urzeit. Referent: Genosse Grützsch.
2. Bericht aus der Kreisdelegation. 3. Bericht aus der Kreis-
vorstandssitzung. 4. Allgemeines.

Die Genossinnen und Genossen werden erachtet, zahlreich in
der Versammlung zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Zum Mitgliedern zur Kenntnahme! Mit diesem Monat
wird die Zahlstelle „Schützenhof“ aufgehoben. Anmeldungen
werden dorfselbst in der Bibliothek während der üblichen Ge-
schäftsstunden entgegengenommen.

Braunes Etablissement, Döhlzschen

Morgen Mittwoch von 8½, Uhr an
Gr. Garten-Freikonzert verbunden mit **Gr. Damen-Kaffee.**
ff. feßfigeb. Kästekäufchen, div. Stücken, ff. Kaffee. Von 5 Uhr
an: Warmen Schinken. **H. Muschter.**

Restaurant „Zur guten Quelle“

Kesselsdorfer Straße, Ecke Böhnastraße.

Werten Gästen, Freunden und Bekannten sowie einem ge-
ehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß wir eine

Imbiss- und Stehbierhalle

eröffnet haben. Wir bitten das gehrte Publikum, uns auch
fernherum gütigst unterstützen zu wollen und gleichzeitig

Hochachtungsvoll Bruno Hahn und Frau.

Radeberg. Kino-Metropol-Theater. Oberstraße 10.

Programm vom 28. bis mit 29. August
1. Stromschnellen in Kanada. Wunderbare Naturaufnahme. 2. Die
Tiefe Japans. Großes Schauspiel, einzig schön, farbiger. 3. Let-
tens Umzug. Neue Tollheiten. 4. Tonbild: Nachthölle Serenade.
5. Zwischen Pflicht und Ehre. Tragödie. 6. Kino-Journal: Die neuesten
Ereignisse der Welt. 7. In Liebesplätzen. Burleske von Max Lindner.
Es lobt höchstens ein.

Möbel — bezieht man jetzt direkt aus
— **Wilddruck** — vom
Genossen Hildebrand.

Eigene Tafelgitterverfertigungen.

Gänse! Enten!

1910er Frühbrut, voll ausgewach-
federfrei, ließ. um. Garantie leben-
der Entf. reizv. unterfucht: 10 gro-
ße fettfleisch. Gänse M. 30.—
12 große ausgew. Enten M. 20.—
3. Beledniger. Podwolochska 58
via Preßlau.

Ginsau von Unzen, alt Eisen,
Metall usw. bei **R. Vogt,**
Trabantengasse 13.

ist der echte milde Stift.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Flechner, Dresden. — Verantwortlich für den Inserenteil: Robert Seithold, Dresden-Räcknitz. — Deut. von Raben u. Rom. Detlef

Detlef

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Dresden, Dienstag den 23. August 1910.

21. Jahrgang.

Nr. 194.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein Wahlrechtsraub.

Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen in Nadeberg gingen fünf Parteigenossen siegreich durch. Diese Hecte im kommunalen Stärkenteil scheinen den bürgerlichen Städtern etwas unheimlich zu werden. Im alten gemütlichen Stadttrotz war früher geht es jetzt nun nicht mehr in den Stadtverordnetensitzungen. Die bösen Sozialdemokraten haben überlange Fragen andere Ansichten, ja sie haben die Rechtigkeit sie auch zur Geltung zu bringen und sogar Anträge zu stellen. Natürlich werden die niedergestimmt. Das ist sehr einfach. Aber dadurch kommen die Städte wieder zum Abendshoppen wie sonst. Das ist ungern. Dazu kommt noch die Besorgnis, daß aus den eigenen fünf roten Vertretern bei der nächsten Wahl gehen müssen. Dann hätten die Sozialdemokraten ja schon Wehrheit der 18 Vertreter.

Um das zu verhindern, wird jetzt eine Wahlrechtsverhinderung plant, die auch bereits bis zur fertigen Vorlage gegeben ist. Aber war in Nadeberg das Wahlrecht insofern gleich und gemein, wie es die Städteordnung zuläßt. Jetzt soll durch ein rechtsstaatliches Gesetz den Geldabschöpfen für immer das bergerichtet verhindern und eine sozialdemokratische Rechtigkeit möglich, ja die Arbeiterversetzung auf ein Minimum reduziert werden.

Nach der Wahlrechtsvorlage sind 3 Klassen vorhanden, und zwar wählen in der 1. Klasse Wähler mit Einkommen bis zu 1000 M. 2 Anfängige und 3 Unanfängige, in der Klasse Wähler mit 1001 bis 4000 M. 6 Anfängige und 2 Unanfängige, und in der 3. Klasse Wähler mit über 4000 M. 12 Anfängige und 2 Unanfängige. Das sind also zusammen 11 Anfängige und 7 Unanfängige. Die Wahl erfolgt in aller zwei Jahre. In jedem Wahljahr scheidet ein Drittel ab. Das ist ein Geldabschöpfrecht wie es im Punkt steht. Zwei unanfängige Arbeiter will man in das Stadtparlament lassen, gleichzeitig sollen die unanfängigen Vertreter überhaupt neuwählt werden. Auch die Verlängerung der Wahlperioden von 1 auf 2 Jahre ist eine Verschlechterung.

Natürlich werden unsere Genossen den Wechselballg entenden befürworten, aber auch in bürgerlichen Kreisen schenkt zufriedenheit über die geplante Wahlrechtsverstimmung hervor. Denn nach mehreren Zeitungsmitteilungen ist die Bewegung gegen die Wahlrechtsneuordnung im Gange. Bürgerlicher Seite wünschen danach eine Berufswahl und unanfängigen Bürger sind wegen der Verschlechterung ihrer Aeuern aufgebracht, da sie nach der Vorlage nur 7 Abgeordneten bekommen können, während sie bisher die Hälfte Sitzes, 9 erlangen könnten. Ferner wird Vermehrung der Stadtverordneten gewünscht.

Das in Nadeberg jetzt vor sich geht, ist ja eine Eraktion nach berühmten Mustern. Es ist die alte Geschichte: Dringen die Sozialdemokraten mit Erfolg bei den Städten vor, wird das Wahlrecht verschlechtert. So ist's schon mehr als 100 Gemeinden gemacht worden, darunter den Städten, wie Leipzig, Dresden und Chemnitz. Unausgesetzt werden in Sachsen Wahlrechtsverstimmungen vorbereitet. Während in Bayern und Baden den unteren Städten größeres Einfluss in den Gemeindevertretungen zu Landesgegenwart gefordert worden ist, geht es bei uns nicht raus. Es wird die höchste Zeit, gegen diese fortwährenden Wahlrechtsbraüereien energisch Sturm zu laufen und besonders auch von der Regierung zu fordern, daß sie in Wahlversammlungen endlich Einhalt gebietet und den Gewindemitgliedern das Wahlrecht sichert.

Menn das nicht hilft!

Im Wahlkreis Schöpau-Marienberg wird jetzt auch die lokale Arbeiterschaft gegen die Sozialdemokratie mobil gemacht. Im Wollenstein soll eine Vertreterversammlung des Evangelischen Arbeitervereins getagt haben, die nach dem Votum des Sekretärs Fleischer eine Resolution beschlossen hat, durch die bedauert wird, daß der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien nicht mit der Einigkeit aufzunehmen worden sei, die für die jetzige Lage notwendig wäre, denn dann wäre der Erfolg der nationalen Kandidaten sicher gewesen. Schließlich werden alle Evangelischen aufstehen, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Wir fürchten nur, daß auch die heilige Infanterie nichts ausrichten kann. Die paar Männer können das Kraut ohnehin nicht fett machen. Vorrichtigerweise wird übrigens schwierig, wieviel evangelische und nationale Männer in dieser Konferenz zusammengekommen sind. Das Duell wird kaum wesentlich überschritten worden sein.

Streit um die Submissionszentrale.

Auf Entschluß der Mittelstandsvereinigung hat der Antrag 2000 M. zur Errichtung einer Submissionszentrale zugestellt. Dadurch soll angeblich den Handwerkern die Beziehung an öffentlich ausgeführten Arbeiten des Staates und der Gemeinden erleichtert werden. Wir haben die ganze Sache als eine verfehlte Gründung bekämpft, die namenlosen kleinen Handwerkern nichts nützt. Jetzt scheint man auch in Zünfterkreisen geteilter Meinung über die Zentrale, besonders aber über deren oberste Leitung zu sein. Wie schon früher mitgeteilt, hat sich ohne Zweifel die Mittelstandsvereinigung zur Gründung der Zentrale für besonders geeignet gehalten. Dagegen hat bereits der Obermeister der Leipziger Schneiderinnung, Bollerhof, auf dem letzten sächsischen Innungstag der Schneider Einwendungen erhoben und ausgeschlägt: Es erscheine ihm zwecklos, ob gerade die Mittelstandsvereinigung infolge ihrer Zusammenführung die richtige Stelle sei, die in dieser wichtigen Branche das Handwerk richtig vertreten könne; denn es seien die Mitglieder dieser Vereinigung bei weitem nicht alle Handwerker. Schon aus diesem Grunde sei es angebracht, eine Stelle zu übertragen, die sich lediglich mit Handwerkerfragen befaßt, und das sei der Landesverband der Handwerkergenossenschaften für das Königreich Sachsen mit einer Genossenschaftsbank. Auch seien die hohen Kosten des

umfangreichen Apparates, wie ihn die Mittelstandsvereinigung plane, schwer mit ins Feld zu führen. Nach eigenen Angaben der Mittelstandsvereinigung erforderten das Hauptamt und die Rebenstellen jährlich 40 000 M. Werde das Hauptabmisseamt dem Landes-Genossenschaftsverband angegeschlossen, dann lämen die Handwerker sicherlich weit billiger weg. Was möge den einzelnen Handwerkergenossenschaften, der der Mittelstandsvereinigung geplante Submissionsanzeiger, der zur Aufbringung der fehlenden 20 000 M. als Abgangsboniment nicht gerade billig bezahlt werden müsse? Er würde es für richtiger halten, wenn jeder einzelne Handwerkergenossenschaft die für sie in Frage kommenden Submissions von der Hauptstelle mitgeteilt würden, dann liege es an ihr, ob sie sich um die Lieferungen bewerben wolle oder nicht. Der Redner trotzlichlich dafür ein, daß die vom Staate bewilligten 20 000 M. nicht der Mittelstandsvereinigung, sondern dem Landesverbande der Handwerkergenossenschaften im Königreich Sachsen zugeschlagen würden. Der Verbandsstag beschloß, der sächsischen Staatsregierung ein dementsprechendes Schreiben zu unterbreiten.

Darüber werden die Herren von der Mittelstandsvereinigung nicht besonders erbaut sein. Es ist leicht möglich, daß sich Firmenbrüder und Mittelstandsvereinler dabei noch gehörig in die Haare geraten.

Staatsstreit in Röthen.

Der Apotheker Hermann Siegel in Burghardsdorf hatte sein 17-jähriges Dienstmädchen, weil es abends eine Christbaumwunderkerze abbrannte, mit seinem harten Stock dreimal kräftig auf das Gesäß geslagen. Die Mutter des Mädchens hat mehrere Tage später noch blutunterlaufenen Striemen an den geschlagenen Körperstellen gesehen. Bei einer Privatfrage wegen Herausgabe der Sachen des Mädchens kam die Wirkung auf die Sprache und die Sache wurde – da es sich nach Ansicht des Untersuchers um gefährliche Körperverletzung handelte – im öffentlichen Interesse dem Schöffengericht überreicht.

Hier behauptete Siegel, daß die Eltern des Mädchens von einem sozialdemokratischen Agitator aufgehetzt worden seien und daß diese Partei ein Interesse an seiner Verurteilung (?) habe. Es sei Alabamier und ein gebildeter (?) Mann, er werde sich doch nicht hinreißen lassen und das Mädchen so ungebührlich schlagen; nur drei leichte (?) Striemen habe er ihr verabreicht. Seine Verurteilung läge mir im Sinne einer gewissen Partei (leider der Mann an Verfolgungswahn?). Er habe Verwandte, die hohe Staatsstellen innehaben, die würden die Konsequenzen ziehen, wenn er eine Verurteilung erleben müßte, die eine furchtbare Gefahr für alle Geblideten wäre. (?)

Sein Antrag, einen ärztlichen Sachverständigen zu hören, wurde mit dem Bemerkern vom Schöffengericht abgelehnt, daß der Spazierstod, ein gefährliches Verzeug, zum Schlagen verwandert worden sei, und somit gefährliche Körperverletzung vorliege. Diese führte das Gericht mit 50 M. Geldstrafe. Diese gewiß gelinde Strafe focht der Landgericht mit der Verurteilung an und forderte Freispruch. Vor dem Landgericht wurde ein ärztlicher Sachverständiger vernommen, der eine schwere Körperverletzung für vorliegend erachtete; es fände daran auf, wie ein Stock gehandhabt werden (wohl auch von wem?). Dem Gutachten ging das Gericht nach und segte die Strafe auf 15 M. herab. Auch ein Kapitel zur Dienstbotenfrage!

Verteidiger der Schulprügelei.

In Wilsau war ein Knabe in der Schule von dem Lehrer Möller derartig geißelt worden, daß der Knaben eine Anzahl blutunterlaufenen Striemen aufwies. Der ältere Bruder des mißhandelten Knaben begab sich mit diesem zum Sanitätsrat Rückert. Doch dieser erklärte, daß habe weiter nichts zu bedeuten. Er sei als Junge auch gehauen worden. Natürlich aber, so flügte er hinzu, seien die Kinder früher stärker gebaut gewesen als die jetzigen, die ja zumeist nur aus Haut und Knochen beständen. (Das ist sicher eine Folge des ungenügenden Verdienstes der Eltern.) Da jedoch der Bruder des geißelagten Knaben sich mit der Ansicht des Sanitätsrats Rückert nicht beruhigte, ging er zu Dr. Prätorius nach Planitz, der ihm folgendes Zeugnis ausstellt:

Der großjährige Schulknabe Paul Rother in Wilsau ist heute in der Schule mit dem Stock gepeitscht worden. Es fanden sich bei der Untersuchung circa fünf fingerbreite quer über der rechten Nieden und rechten Arm verlaufende blutunterlaufenen Hautstreifen. Eine Überschreitung des Körperlichen Zulässigkeitsrechts liegt aber nach meiner Ansicht nicht vor. (?) Dr. Prätorius.

Fünf blutige Striemen, und doch keine Überschreitung des Zulässigkeitsrechts! Wahrsch, da wird der Arzt zum Verteidiger der Kindermishandlungen. Übrigens hat er gar nicht darüber zu befinden, ob eine Überschreitung des Zulässigkeitsrechts vorliegt. Darüber wird gegebenfalls das Gericht entscheiden.

Ausmerzung der Kleinen im Braugewerbe.

Seit langer Zeit schon ist die Zahl der im Betriebe befindlichen Brauereien im Rückgang begriffen. Im Rechnungsjahr 1898/99 betrug ihre Zahl in Sachsen 677, dagegen im Rechnungsjahr 1908/09 nur noch 521. In der Hauptstadt fand es kleine Brauereien, die ihren Betrieb eingestellt haben. Es geht daran her vor, daß zwar die Menge des gewonnenen Bieres ebenfalls heruntergegangen ist, nämlich in dem bezeichneten Jahrzehnt von 4 668 000 Hektolitern auf 4 008 000 Hektoliter. Allein diese Abnahme ist im Verhältnis bei weitem nicht so bedeutend als die Zahl der Brauereien. Am stärksten war die Biergewinnung im Rechnungsjahr 1905/06, wo sie sich auf etwas über 5 Mill. Hektoliter beßerte. Von den 521 im Betriebe befindlichen Brauereien verbrauchten 115 jährlich mehr als 1000 Doppelzentner Bier, davon 7 15 000–90 000, 1 30 000–50 000 und über 50 000 Doppelzentner. Von Surrogaten daten nach dem neuen Brauereigesetz nur noch Zunderfest verhindert werden. Der Verbrauch hierin hat sich beträchtlich vermehrt; er belief sich im letzten Rechnungsjahr bei insgesamt 309 Brauereien auf 6816 Doppelzentner. 212 Brauereien verwendeten überhaupt kein Surrogat.

Leipzig. Gegen den bekannten Leipziger Antikenmuseum Ingieur Theodor Fritsch hat die Leipziger Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wegen "Gotteslästerung" und "Beschimpfung der jüdischen Religion". Gemeinde, und zwar aus Anlaß eines in seiner Zeitschrift Hammer Nr. 190 abgedruckten Werbespruches.

Löbau. Für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Löbau ist ein Gemeindeverband für Haftpflicht-

versicherung gegründet worden. Der Verband begreift in der Haupstadt die gegenseitige Versicherung seiner Mitglieder gegen die Ansprüche aus ihrer gesetzlichen Haftpflicht und befriedigt Erbansprüche aus der Haftpflicht seiner Mitglieder bis 3000 M. aus eigenen Mitteln und bis 25 000 M. durch den Rückversicherungs-Verband. Mitglied können werden politische, Kirchen- und Schulgemeinden sowie selbständige Gutsbezirke. Die Kassenverwaltung erfolgt durch Beamte der Amtshauptmannschaft Löbau.

Hohenstein-Ernstthal. Der förmlich hier durch Vergleich beendete Beleidigungsprozeß des Schriftstellers Karl May gegen den Handarbeiter Schlegel dürfte nach einer Meldung des Leipziger Tageblattes für den damals mit als Beugen geladenen Journalisten Lebius (Berlin) noch ein Nachspiel bringen. Herr May und Herr Notar Dr. Dierks, hier, erlassen in der Sonntagsnummer des hiesigen Anzeigers eine lange Erklärung Krügels, in der letzterer eifrig aussagt, daß ihn Lebius durch Versprechen einer Entschädigung von 2000 M. zu falschen Aussagen in dem bekannten Prozeß verleiten wollte.

Bautzen. Interessante Funde wurden in den zum Braunkohlenwerk "Olza" bei Kleinhauenthal gehörigen Siegelgruben gemacht. Vor einigen Tagen forderten beim Abbau von Siegelgruben in einer Tiefe von 2 Metern unter Tagessiveau Arbeiter die äußerst gut erhaltenen Reste eines v. röm. historischen Edelbüchsen, eines Bierzehn-Endes, zutage; tags darauf, in gleicher Tiefe, stießen die Arbeiter auf ein gleich prächtiges Exemplar, einen Bierzehn-Ende. Nach Sammeln der Reste ergab sich, daß die Siegelteile fast vollständig gut erhalten sind. Nach der Beschaffenheit der Teile zu urteilen dürfte es sich um äußerst große und kräftige Tiere gehandelt haben, wie solche in der Zeitzeit nicht mehr anzutreffen sind. Bei dem Bierzehn-Ende hat das vollständig unversehrt erhaltene Geweih eine Spannweite von 1,25 Metern, während die Längenweite 95 Centimeter beträgt. Der ebenfalls unversehrt erhaltene Kopf gleicht dem eines mittleren Pferdes.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Zu der Meldung vom Funde einer Kindesleiche in Hochburg wird jetzt mitgeteilt, daß es sich um eine absichtliche Tötung handelt. Das Kind ist von der eigenen Mutter, der 20 Jahre alten Dienstmagd Bezd auf Hochburg, in die Wanne geworfen worden. – Am Sonnabend ist in der Mühle von Thelle u. Müller in Connewitz bei Leisnig der 16 Jahre alte Lehrling Müller in die Trankmühle geraten. Es wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach dem Wehrnor. Krankenhaus verstarb. – Der starb dem 18. Juli vermisste 18 Jahre alte Kaufmann Ernst Emil Ebert aus Neukirchen wurde in der Nähe der sogenannten Steinernen Brücke im Würschmittfluss tot aufgefunden. – Beim Spielen mit einem gleichaltrigen Genossen am Waldweg bei Rossen ertrank Sonnabend nachmittag der siebenjährige Sohn des Fabrikhalbers Schiller. – Von einer Kreuzotter gebissen wurde ein Mann namens Welzel in Niedergröba, der im Lennanderger Rittergutswalde Pilze suchte. Er leugte sofort die Pilzsuche ab, so daß eine ernste Gefahr verhütet wurde. – Ein Blitzeinschlag traf bei einem in Hartmannsdorf bei Rötha gelegenen Gehöft das Wohnhaus des Herren Anton Jeuner, das durch das ausbrechende Feuer vollständig eingefärbt wurde. Eine Woge Mobillar wurde ein Raub der Flammen. – Bei Obergau wurde ein etwa 18 Jahre alter junger Mann mit einer Schußwunde im Kopf an der Göltzschseite des Dietrichschen Fabrikort aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß es sich um den Sohn des Feuermanns Heitzig in Göltzsch handelt. Es liegt Selbstmord vor, der junge Mann wahrscheinlich aus verschämter Liebe begangen hat. – Am Wundkarrenrampe ist plötzlich in Großröhrsdorf bei Röhrsdorfer Haupt, Inhaber der Firma A. M. Thomas, im besten Mannesalter gestorben. Er hatte sich eine geringe Verletzung an der rechten Hand zugezogen. Nach wenigen Tagen trat plötzlich eine Verschämung ein, die den Tod herbeiführte.

Stadt-Chronik.

Ein untaugliches Gesetz.

Der Reichstag hat das Gesetz zur Sicherung der Bauvorberungen geschaffen, um endlich einmal dem Nebelstand zu begegnen, daß Handarbeiter und Arbeiter ihr sauer verdientes Geld einbüßen. Leider wird dieser Zweck durch das Gesetz nicht immer erreicht. Es ist ganz interessant, aus einem Artikel des Berliner Tageblatts zu erfahren, wie es eine gewisse Sorte von Bausteinlernern anfällt, andere Leute, dem Gesetz zum Trotz, um ihr schwer verdientes Geld zu betrügen. – Der Besitzer eines Grundstücks, ein vermögender Mann, der aber noch mehr dazu verdiene, will, sucht sich einen völlig mittellosen Bauunternehmer, der nichts zu verlieren hat, und dem verkauft er sein Grundstück zu einem hohen Preise. Bezahlten kann der Mann natürlich nichts, im Gegenteil, meist bringt ihm der Verkäufer noch Geld dazu, auf alle Fälle zahlt er Stempel, Auflassungskosten usw. Das alles nebst dem Kaufpreis wird als Hypothek auf das Grundstück eingetragen. Und dazu wird ein Vertrag abgeschlossen, nach dem der Unternehmer tatsächlich nichts weiter ist als der Beauftragte des angeblichen Verkäufers. Er verpflichtet sich, das Grundstück nach der ihm vom Verkäufer vorgeschriebenen Art und Weise innerhalb einer bestimmten Frist zu bebauen. Ferner behält sich der Verkäufer das Recht vor, den Bau jederzeit zu kontrollieren und Arbeiter beliebig zu entlassen. Dem Unternehmer ist verboten, irgendwelche Hypotheken auf das Baugeland einzutragen, so ist das ganze Kaufgeld sofort fällig.

Das bedeutet, der Unternehmer wird davongejagt. Aber natürlich ist er nichtsdestotrotz "Eigentümer" des Grundstücks und des Baus. Auch das Geld zum Bauen bekommt er vom Verkäufer oder durch dessen Vermittlung von einem Dritten. Von dem Baugeld muß ein großer Teil des Kaufgelds abgelöst werden, so daß schon vor Beginn des Baus feststeht, daß das Baugeld zur Fertigstellung des Baus nicht ausreicht. Auf Grund der Vertragsbedingungen kann die Fortgewährung des Baugelds jederzeit unterbrochen werden, so daß der Bau durch Veranlassung des Verkäufers oder des Geldgebers in jeder Lage ins Stocken geraten und vor oder nach Vollendung nach Belieben zur Zwangsversteigerung gebracht und von dem ursprünglichen Verkäufer oder von dem Baugeldgeber offen oder durch vorgezogene Mittelpersonen erworben werden kann. Die Lieferanten, Handarbeiter und

Gefangen eingerednet. Vom Hauptmann wird der Angeklagte als ein Unteroffizier geschildert, der ein brauchbarer Vorgesetzter zu werden verspricht. — Das steht ganz so aus.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Zur Werftarbeiter-Auslösung.

Der Ausschuss des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen hat in seiner Sitzung vom 20. August, die in Berlin stattfand, einstimmig beschlossen, die Geschäftsführer in dem Kampfe gegen die Fortforderungen ihrer Arbeitnehmer zu unterstützen. Für die weitere Behandlung der Angelegenheit ist eine besondere Kommission eingesetzt worden.

Am Montag morgen sind in Ostholz-Scharnhorst ca. 200 Werftarbeiter ausgesperrt worden.

Als die Flensburger Werft 80 Prozent der Arbeiter aussperrte, legten die übrigen die Arbeit nieder und traten in den Streik. Zu den Streitenden gehören auch die Glühofenheizer. Weil diese Heizer einen seien Wochenlohn beziehen, werden sie von der Werft zu der Kategorie von Angestellten gerechnet, die nach dem Handelsgesetz eine sechsmonatige Kündigung haben. Die Werft hat nun Klage beim Gewerbegericht angestrengt und verlangt von jedem Heizer eine Entschädigung von 126 M. Das Gewerbegericht legte die Verhandlung aus, da die Klägerin zahlenmäßig den Schaden nachweisen soll.

Votales.

Zur Zanthos-Angelegenheit.

Herr Paul Wita, Gartengärtnerei, Untenstraße, erfuhr uns, mitzuteilen, daß er seit über zwei Jahren aus der Firma Zigarettenfabrik Zanthos ausgeschieden ist. Die Firma firmiert noch Wita u. Sohn, die jetzigen Inhaber sind aber Reschke und Reil.

Anland.

Durch Unternehmer-Terrorismus in den Tod getrieben.

In der Nähe von Weidenburg im Mittelfranken liegt sich auf der Bahnhofstraße Leinburg-München der ledige Töpfer Arthur Mückel aus Weilheim vor Auge überfahren und war sofort tot. Er ist ein Opfer des Unternehmer-Terrorismus geworden. Mückel war im vorigen Jahre am Töpfertisch in der Fabrik von Lang u. Werbelmeier in Günzenhausen beteiligt, der monatlang dauerte und schließlich verloren ging. Die Firma begnügte sich nicht mit ihrem Sieg, sondern ließ die Streitenden bis in die letzte Zeit herein durch den Unternehmerverband mit einer schwarzen Liste verfolgen. Auch Mückel fühlte die Schärfe dieser empfindlich zu verspüren. Wedekohlt hatte er in anderen Orten Arbeit erhalten, aber dann tat prompt die schwarze Liste ihre Schädlichkeit, hier mußte er auf Verlangen des Unternehmerverbandes wieder entlassen werden. Auf solche Weise von Ort zu Ort getrieben, wurde der erst 18jährige Arbeiter zuletzt zur Verzweiflung gebracht und in den Tod geführt. Mit den genannten Firma hatte der Töpferverband schon mehrmals wegen Aushebung der schwarzen Liste verhandelt, aber stets vergeblich; nachdem nun das Unglück geschehen war, hat die Firma aufgehoben, weil sie „sehr Interesse“ mehr daran habe, ob die ehemaligen Streitenden Arbeit haben oder nicht!

Parteiangelegenheiten.

Der Internationale Kongreß in Kopenhagen.

Das Internationale Bureau tritt am Freitag den 26. August zu einer Sitzung zusammen. Der Kongreß wird Sonntag vormittag 10 Uhr eröffnet, am Nachmittag findet Meeting und Volksfest statt. Montag liegt außer dem Bureau die Sitzungen der einzelnen Nationen, ferne finden statt: Sitzungen der Nebenkulturen und der Internationalen Kommunisten. Die Tagessitzung für die folgenden Tage wird dann noch weiter bestimmt. Die Tagessitzung ist nun wie folgt festgesetzt:

1. Die Beziehungen zwischen Genossenschaften und politischen Parteien.
2. Die Arbeitslosenfrage.
3. Das Schießrecht und die Abstimmung.
4. Die internationalen Ergebnisse der Arbeiterschaftsregierung.
5. Die Organisation einer Internationalen Rundgebung gegen die Totalitaristen.
6. Das für die rasche Ausführung der Beschlüsse der Internationalen Rundgebung eingeschlagene Verfahren.
7. Die Organisation der Internationalen Solidarität.
8. Resolutionen über andere Fragen.

Genossin Rosa Luxemburg

heute steht in Baden-Völklingen Versammlungen ab, in denen sie über das Thema „Sozialismus, Bürgerschaftswilligung und Monarchie“ reden will. Sie hat auch am Sonntag abend in Offenburg vor 220 Personen, von denen noch dem Bericht der badischen Parteiblätter drei Drittel Bürgerliche waren, dieses Thema behandelt. Parteileiterin Genossin Engler trat ihr entgegen. Genossin Remmels sprach im Sinne der Referentin. Weitere Versammlungen sollen in Durlach, Karlsruhe und Zahl stattfinden.

Der badische Parteitag hat dieses Vorgehen, Parteianhänger in Volksversammlungen zu erörtern, ebenso wie Genossin Müller vom Parteivorstand aus entschieden verurteilt. Die Bonnheimer Volksstimme bezeichnet das Vorgehen der Genossin Luxemburg und der Berannte der Versammlungen als einen schweren Verstoß gegen die Parteidisziplin, ebenso der Karlsruher Volksfreund, der sagt, die Behandlung der Bürgerschaft vor Volksversammlungen laufe nur auf eine Schädigung der sozialdemokratischen Partei Badens hinaus. Diese von den verschiedenen Seiten ausgehende Verurteilung des Vorgehens der Genossin Luxemburg hat jedenfalls dazu geführt, daß in den nach stattfindenden Versammlungen die Bürgerschaft aus dem Spiel bleibt und das Thema nun lautet: Sozialdemokratie und Monarchie.

Wir meinen auch, daß das Vorgehen der Genossin allen bisherigen Parteienangelegenheiten widerspricht und nur geeignet ist, die Partei zu schädigen. Es darf nicht der richtige Weg sein, die badischen Parteigenossen zu andern Ansichten über Parteitragen zu erziehen.

Genossin Rosa Luxemburg

wurde im Wahlkreis Lennep-Wettmann als Delegierte zum Magdeburger Parteitag gewählt.

Aus den Organisationen.

Im Nationalitätsbezirk Görlitz, der sieben niederschlesische Kreisgrafschaften umfaßt, ist die Zahl der Parteimitglieder von 481 auf 6287 gestiegen. Für das Parteiorgan, die Görlitzer Zeitung, wurde eine Druckerei errichtet, die im Berichtsjahr eröffnet werden konnte. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse legerte sich im Berichtsjahr um 1598. Bei den Stadtverordneten- und Gemeindevertreterwahlen hat unsere Partei glänzend abgeschnitten. Die Zahl der Stadtverordneten und Gemeindevertreter wurde verdoppelt werden. Sie beträgt zurzeit 101, davon 12 Vertreter der zweiten Abteilung. Auch die Jugendbewegung hat beachtenswerte Anläufe im Bezirk zu verzeichnen.

Mit dem Parteitag in Magdeburg beschäftigte sich eine Parteiversammlung des 12. sächsischen Reichsabgeordnetenkreises (Leipzig). In einer anderthalb Stunden langen Referate behandelte Genossin Lipinski die Tagessitzung des Magdeburger Parteitages und ging dann näher auf den Disziplinarbund und die Hofsängerei der Badenser ein, beides als Ausdruck der in der Partei immer mehr überhand nehmenden Opportunitätspolitik erklärend. Zum Schluß unterbreitete

und begründete der Referent eine Resolution der Parteileitung des Leipziger Agitationsbüros. In der Diskussion führte der Genossen Denfz aus, daß die Frage des Disziplinarbundes auf dem Magdeburger Parteitag nicht der Hauptherausbildungsgesetzes folgt und die Zeit unbedingt in Anspruch nehmen dürfe, die Sache sei klar und klar gelöst, es darf zu entscheiden. Dagegen werde die Frage des politischen Massenstreiks in Verbindung mit der preußischen Wahlrechtsfrage diskutiert und in den Hintergrund treten müssen. Bei der Behandlung dieser Frage wurde auch der Revolutionismus mit seiner kleinbürgerlichen Parlamentaristik am wirksamsten belämpft. Die politischen Verdiktäste Deutschlands verlangten, daß das Schwergewicht der Parteidiskussion nicht in die Parlamente, sondern in die breiten Volksmärsche gelegt werde. Straßendemonstrationen, politischer Massenkreis, müßten als Hebel der Vorausbereitung angewendet werden. Ob der letztere jetzt schon angewandt möglich sei, wolle er nicht entscheiden, das müsse Sache genauer Beratung sein. Genossen Seeger wandte sich gegen die Ausführungen des Genossen Denfz. Welch wichtiger in der jetzigen politischen Situation als die Diskussion über den Massenstreik sei die Schaffung der Parteineid und Tatkraft, damit wir den bürgerlichen Parteien den vorstehenden Wahlern eine siegreiche Schlacht liefern können. Das Vorgehen der Bodenier und ihre Verteidigung stellen aber die Einheit und Geschlossenheit der Partei in Frage, nicht nur wegen des beißenden Disziplinarbundes, sondern wegen ihrer Taktik der Territorialvereinigung der Großblütter aus dem Reich. Den Massenstreik aufs neue diskutieren zu wollen, ohne ihn anzutreten, sei doch eine unentschuldbare Zeitverschwendung. In Preußen werde man die Reaktion genau so bekämpfen wie im Ministerium der Reaktion, in Sachsen, selbst. Bei der Reichstagsswahl müsse für die Entwicklung Vergebung gebracht werden. In Sachsen sei dies 1903 gelungen. Dann habe man noch die Straßendemonstration als Bruchmittel angewendet und so die bürgerlichen Parteien endlich zu Konzessionen gezwungen. So werde es auch wohl in Preußen gemacht werden.

Genossen Schmidt stellte einen Abänderungsantrag zur Resolution, daß der Parteitag in Magdeburg die Disziplinarbund einfach auszuschließen habe. Die Resolution wurde ohne die beantragte Änderung gegen zwölf Stimmen angenommen.

Als Delegierte wurden die Genossen Lipinski, Diele und Becker gewählt.

Ausschüsse aus der Partei.

Die Bezirkskommission für das westliche Westfalen hat die bisherigen Genossen Brambräuer, Altmann und Breuer aus der Partei ausgeschlossen, weil sie Mitglieder der anarchistisch-syndikalistischen Bewegungen sind und anarchistisch-syndikalistische Propaganda getrieben haben.

Reichstagabgeordneter. Die Kreisgeneralversammlung für Braunschweig I stellte als Kandidaten wieder den Genossen Wilhelm Bloß auf. Genossen Bloß, der an der Versammlung teilnahm, teilte mit, daß ihm auch die Kandidatur im Wahlkreis Borsigheim angeboten worden sei, daß er aber seinem alten Wahlkreis nicht untreu werden wolle. Als Kreisvorstandender wurde Genossen Jasper-Braunschweig gewählt.

Auf dem hessischen Landesparteitag wurde u. a. auch der Antrag gestellt: „Doppelmandate zum Reichs- und Landtag sollen wieder die Zukunft nicht mehr zugelassen werden“, einstimmig abgelehnt.

Neues aus aller Welt.

Explosion und Großfeuer auf den Krupp-Werken.

Essen, 22. August. Die Firma Krupp teilt mit: Während Fabrikerős mit Munition entzündete sich auf unaufgeregte Weise eine kleine Pulvormenge. Einige Arbeiter ergingen die Flucht. Das Feuer griff um sich, entzündete eine weitere Pulvormenge, und das ganze Laboratorium ging in Flammen auf, wobei Munitionsställe, wie Blücher und Gewehrkisten, explodierten. Verletzt ist niemand, auch beim Riebenkrem des Laboratoriums kam niemand zu Schaden. Die Kruppsche Feuerwehr verhinderte ein Weiterbreiten des Feuers.

Bußschiffahrt.

Frankfurt a. M., 21. August. Trotz des wenig günstigen Wetters startete heute mittag 1 Uhr der Abfahrt-Lindpainter zum Überlandflug Frankfurt-Wahn-Mannheim. Er passierte 2 Uhr 30 Min. auf seinem Überlandflug Wahn, 2 Uhr 14 Min. stieg der Abfahrt-Lindpainter auf. Nach dem zeitigen Stand der Konkurrenz wird der erste Preis im Wettkampf von 25 000 M. Jeanmin zugesprochen werden, der die Strecke Frankfurt-Wahn-Mannheim in 1 Stunde 36 Minuten geflogen ist. Den zweiten Preis in Höhe von 10 000 M. durfte Voßner erhalten. Ein dritter Preis in Höhe von 5000 M. der noch vorhanden ist, durfte an Theelen oder Lindpaintner zu vergeben sein. Vorauflösung ist natürlich, daß heute abend noch ein Sieger in Mannheim ankommt.

Frankfurt a. M., 22. August. Nach hier eingegangenen Melbungen ist Lindpaintner, nachdem er in Mainz wieder aufgestiegen war, in Mannheim gestrandet, aber wegen schweren Gewitters umgekehrt und lag vor Worms gelandet. Hier ist er wieder aufgestiegen und nach einer nachmaligen Notlandung in der Nähe des Waldhofs, einer Kolonie bei Mannheim, 7 Uhr 47 Min. auf dem Flugplatz nach Mannheim niebergegangen. Blenckers ist von Hattersheim nach dem Frankfurter Flugplatz zurückgekehrt, wo sich die Landung wegen des außerordentlich starken Windes schwierig gestaltete. Weitere geplante Startversuche zum Überlandflug sind nicht absehbar.

Baden-Baden, 22. August. 9. VI steht in ähnlicher Weise wie die Uiguren in ihren Passagiersjahren beruhend. Ob Erfolg Deutschlands noch in diesem Jahre in Frankfurt in Dienst gestellt werden wird, erscheint zweifelhaft, da die Passagiersfahrten auf leicht erschlichenen Gründen nur noch die Herbstmonate in Frage kommen würden.

London, 21. August. Walfant unternahm heute morgen einen weiteren vergleichbaren Versuch, London zu erreichen. Bei einem böigen Winde von 50 Kilometern in der Minute stieg er 1½ Uhr früh mit seinem Motorboot auf. Er konnte sich aber nur mit Mühe gegen den Wind halten und flog nur 20 Fuß hoch über die Telegraphendrähte hinauf. Nach 58 Minuten ging er nieder, um Benzin einzunehmen, und flog nach einstündigem Aufenthalt wieder auf. Schließlich trieb eine Welle seinen Booten gewaltsam zu Boden. Bei der Landung zerbrach der Propeller, ein Teil des Rahmens der Maschine wurde zertrümmerkt, und viele Brüder sind zerstört. Die Insassen blieben unverletzt.

Berlin, 21. August. Heute nachmittag erschoss der 22jährige Radfahrer Karl Wenzel im Hause Grüner Weg 120 seine 34 Jahre alte Dogzlöwin Martha Röterig, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, durch zwei Revolverkuli und verließ sich durch einen dritten Schuß schwer am Kopf. Das Motiv der Tat ist bisher nicht bekannt.

Reutlingen (Oberschlesien), 22. August. Verhängnisvolle Endzeit-losigkeit kostete den Jüdischen Gabriel von hier das Leben. Gabriel stand auf dem hochbeladenen Güterwagen und hielt allenthalben Schreie aus. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte vom Wagen hinunter. Mit zerbrochenen Gliedern und einem schweren Schadelbruch blieb er liegen. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Düsseldorf, 22. August. Auf dem Eisenwerke Höchst wurde der Elektromotorer Hertel durch den elektrischen Strom getötet.

Mannheim, 22. August. Gestern abend erhängte sich in Mannheim der 19 Jahre alte Fabrikarbeiter Helly Wittermann im Schuppen eines elterlichen Wohnungs. Hinterlassene Mitteilungen Wittermanns befanden, daß er zuvor seine Geliebte, das 17jährige Dienstmädchen Elsbeth aus Steinach, im Außenkalvalde ermordet habe.

Heute morgen wurde tatsächlich die Leiche der Elisabeth Seeger an die angegebene Stelle vorgefunden.

Schwäbisch-Gmünd, 22. August. In der vergangenen Nacht herrschte hier ein furchterregender Unwetter. Hagel, Gewitter und orkanartiger Sturm wüteten Stundenlang. Auf der Hochfläche wurden viele Bäume abgetragen und Obstbäume umgerissen.

Strassburg i. E., 21. August. In der letzten Nacht schlug der Blitz in ein Hospital der Abtei Park im Ober-Elsass. Das Gebäude brannte ganz nieder; alle Kranken, etwa hundert, wurden gerettet; es sind zumeist Schwachlinge, die mit Mühe abgehalten werden konnten, sich ins Feuer zu stürzen.

Zürich, 21. August. In dem Umgang am Rottasattel rutschte weiter gemeldet, daß die Leichen der drei verunglückten Bergsteiger gefunden worden sind. Am Sonntag früh war eine neue Karawane, bestehend aus einem Verwandten des Genossen Seeger und einem Hörner und Führern, begleitet von einem Spiech und ausgerüstet mit langen Sondierstangen, zur Unglücksstätte aufgebrochen, um die Nachsuchungen nach den Bergungsfällen fortzuführen. Dieser Karawane ist es gelungen, etwa 1000 Meter unterhalb der Absturzstelle die drei Leichen aufzufinden.

Innsbruck, 22. August. Im Brenneratal (Brennergebiet) starb gestern der Hochsäumer Machoast aus Wien beim Edelweißsuchen ab. Bern, 21. August. Der Juwelenraub in St. Moritz, bei dem der Schweizer des englischen Parlamentariers Bacon für 200 000 Mark Juwelen entwendet wurden, hat jetzt seine Ausklärung gefunden. Der Dieb wurde in Wichi und sein Komplize in St. Moritz verhaftet. Die Juwelen wurden bei ihnen noch vorzufinden.

Königsberg, 22. August. Die Provinz Ostpreußen ist weiterhin von der Grippe betroffen. Außer dem Klinikum der Universität hat die Grippe auch die Universität und die Universität der Technik erreicht.

Petersburg, 22. August. Zwei soeben zu Offizieren ernannte junge „Fabrikanten“, die Fürsten Bischko und Marlichko, erzielten schweren Betrug in den Straßen Moskaus, verprügeln einen Rischtmann und stießen mit Säbelhieben den sie zu Hilfe rufenden Schuhmann. Die Wissenschafter wurden vom Polizeipräfekt der Hauptstadt verhaftet. — Der Adelsmarschall Popov in Tula wurde von seinem eigenen Sohne erschossen. Der Mörder beging die Tat im Delirium tiefen.

Wien, 22. August. Im Brennergebiet (Brennergebiet) starb gestern der Hochsäumer Machoast aus Wien beim Edelweißsuchen ab.

Bern, 21. August. Der Juwelenraub in St. Moritz, bei dem der Schweizer des englischen Parlamentariers Bacon für 200 000 Mark Juwelen entwendet wurden, hat jetzt seine Ausklärung gefunden.

Die Juwelen wurden bei ihnen noch vorzufinden.

Königsberg, 22. August. Zwei soeben zu Offizieren ernannte junge „Fabrikanten“, die Fürsten Bischko und Marlichko, erzielten schweren Betrug in den Straßen Moskaus, verprügeln einen Rischtmann und stießen mit Säbelhieben den sie zu Hilfe rufenden Schuhmann. Die Wissenschafter wurden vom Polizeipräfekt der Hauptstadt verhaftet. — Der Adelsmarschall Popov in Tula wurde von seinem eigenen Sohne erschossen. Der Mörder beging die Tat im Delirium tiefen.

Wien, 22. August. Im Brennergebiet (Brennergebiet) starb gestern der Hochsäumer Machoast aus Wien beim Edelweißsuchen ab.

Bern, 21. August. Der Juwelenraub in St. Moritz, bei dem der Schweizer des englischen Parlamentariers Bacon für 200 000 Mark Juwelen entwendet wurden, hat jetzt seine Ausklärung gefunden.

Die Juwelen wurden bei ihnen noch vorzufinden.

Königsberg, 22. August. Zwei soeben zu Offizieren ernannte junge „Fabrikanten“, die Fürsten Bischko und Marlichko, erzielten schweren Betrug in den Straßen Moskaus, verprügeln einen Rischtmann und stießen mit Säbelhieben den sie zu Hilfe rufenden Schuhmann. Die Wissenschafter wurden vom Polizeipräfekt der Hauptstadt verhaftet. — Der Adelsmarschall Popov in Tula wurde von seinem eigenen Sohne erschossen. Der Mörder beging die Tat im Delirium tiefen.

Wien, 22. August. Im Brennergebiet (Brennergebiet) starb gestern der Hochsäumer Machoast aus Wien beim Edelweißsuchen ab.

Bern, 21. August. Der Juwelenraub in St. Moritz, bei dem der Schweizer des englischen Parlamentariers Bacon für 200 000 Mark Juwelen entwendet wurden, hat jetzt seine Ausklärung gefunden.

Die Juwelen wurden bei ihnen noch vorzufinden.

Königsberg, 22. August. Zwei soeben zu Offizieren ernannte junge „Fabrikanten“, die Fürsten Bischko und Marlichko, erzielten schweren Betrug in den Straßen Moskaus, verprügeln einen Rischtmann und stießen mit Säbelhieben den sie zu Hilfe rufenden Schuhmann. Die Wissenschafter wurden vom Polizeipräfekt der Hauptstadt verhaftet. — Der Adelsmarschall Popov in Tula wurde von seinem eigenen Sohne erschossen. Der Mörder beging die Tat im Delirium tiefen.

Wien, 22. August. Im Brennergebiet (Brennergebiet) starb gestern der Hochsäumer Machoast aus Wien beim Edelweißsuchen ab.

Bern, 21. August. Der Juwelenraub in St. Moritz, bei dem der Schweizer des englischen Parlamentariers Bacon für 200 000 Mark Juw

Keben & Wissen e. Künft

Urania

Versicherungsgesellschaft
Mit. Dresden, Bachemstr. 6
Volkssicherheit, Reichenbach,
Leben, Unfall, Auto-Pflichtversicherung

Dresden-Cotta

Georg Fleischer, Büchermelster
H. Georg, Böck, Warthausstr. 20.
Friedr. Kern, Bäckermeister.
O. Segalhorst, Böck, Weinstadt.
A. Tischler, Böck, Feinmechaniker.
Hugo Pohl, Buch-, Papier-, Schreibwaren
H. Hirsch, Böck, Feinmechaniker.
All. Art. m. H. Böck, Böckmeister. 27

Ogaren-Bernhard, Schmiedehaus-
Oew. Richter, Eisenau, Köthen.
H. Richter, Böck, Thunbergstr. 6.
Friedr. Heber, Flaschenhersteller.
Rob. Erhardlich, Fleischermeister.
A. G. Guther, Fleisch-Kauf., St. 10.
M. Stange, Fleischmeister.
E. Beyer, Haas u. Küchengerde,
Werkzeuge, Spielwaren

Bauer & Schramm
Kolonialwaren, 4 Verkaufsstellen.
Auf all. War. 8% Rabatt

H. Scheiner
billigste Bezugquelle
Haushalt, Darmstadt.

M. Schubert's Möbelhaus
Ihr. H. Stöber, Inf. voll. Böck.
W. Hoffmann, Cottbus Marktstraße.
Böck, Böckhoff, Cottbus, der
Centenarius, Gr. 1. Preis.

H. Kuntzsch, Böckhoff, Cottbus, Tel. 1949.

Badeanstalten

Bad Neptun, Holzkasten 7.
Hansmann Volksbad, Lappstr. 4.
Lousenbad, Prinzessin, Str. 15.
Wilhelmsbad, Ziegelstr. 34 (Amberg.)

Bäcker- u. Conditorei.

Rich. Anger, Ammonstr. 45, Eckschlüssel.
Otto Baer, Kesselsdorferstr. 59.
Albert Beckert, Maternstr. 21.
Os. Brummbaum, Mohrmstr. 45.

Dresdner Brotfabr. v. Ernst
O. Grundmann, Markt-Schreiberplatz
Max Hermann, Friederichstr. 9.
Eduard Klinger, Rosenthalstr. 92.

Vinzenz Kipperle, Böck, Böckstr. 16.
Bruno Müller, Böck, Böckstr. 25.

Max Naumann, Dörrstr. 2, Böck.
Arth. Petschelt, Wernerstr. 39.

Friedrich Kurz, Annenstr. 49.
Hein. Lübbert, Thunbergstr. 18.

Max Plinkert, Ochsentr. 21.
Rich. Reutter, Torgauerstr. 29.

E. Schäfer, Pfaffstr. 1, Böck, Tel. 57-72.

Rudolf Seiffert, Mohrmstr. 2.

Fr. Silbermann, Rehfeldstr. 26.

Bandagen, Gummi-
Krahn-Bedr.-Artik.

+ Damen +
wenden sich bei Frauengeschäften
zu vertrautesten an.

Frau Hellmold 21 II.

Car. Glöckner, Annenstr. 10.

Verwandt, Löffel, Wittenstr. 22.

Paul-Ziegelnagl, Kesselsdorfer Str.

Beerdigungshaus, Sargen.

2 Dresden-Beerd.-Anstalten

Pietät u. Heimkehr

Am See 26 Farnspr. 157

Berufskleidung

A. Ahus, gr. Brüderstr. 43.

W. Behrens, Kesselsdorferstr. 59.

Oscar Biella, Friederichstr. 11.

E. Querius, Böck, Böckstr. 12.

blasse Ausgabe.

H. Pahr, Wittenstr. 41.

Bettfedern, Bettten.

G. Grünemann, Böck, Böckstr. 12.

Dietrich Schmid, "Pleinen".

Stierbrauer, Bierhöfle.

Adolph's G. Nacht, William Antel

Wittenstr. 27-28.

W. Ritter, Böck, Böckstr. 12.

Reichel-Bräu, Kulmbach.

Reisewitzer Biere

tip-top!

H. Schäfer, Böck, Böckstr. 12.

Brotfabrik

Rich. Anger, Ammonstr. 49.

Kahmann, F. Nagy, Böck, Böckstr.

Simon, Böck, Böckstr. 12.

Burkhardt, Böck, Böckstr. 12.

Polnisches Brauhaus

Spezialität: Einfach-Bier.

Reichel-Bräu, Kulmbach.

Reisewitzer Biere

tip-top!

H. Schäfer, Böck, Böckstr. 12.

Fleischwaren

F. A. Pfützner, Wittenstr. 101, Tel. 3645.

Fleischereien, Wurst.

H. Dietrich, Kesselsdorferstr. 45.

Borni, Fleischerei, Böck, Böckstr.

Paul Gründmann, Ammonstr. 23.

Friedr. Helm, Schäferstr. 23.

E. Helbig, Böck, Feinkosthersteller.

Bruno Jäppelt, Wittenstr. 23.

M. Kunze, Markgr. Helmstr. 26.

Kornbauer M. Schubert.

Erscheint 3 mal
wöchentlich.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Dresden-Stadt.

Matrapas

Alkoholfreie Getränke

Adolph G. Nacht, William Antel

Mineralwasser u. Limonadenfah.

Donath, Oberholter Lockwitz

empfiehlt Moste, Obstweine,

Fruit, keine Essenz, Apfelprod.

Grünberger, Brauerel. u.

Getreidefabrik

V. Escher's Getränke

A. G. Hofeland

Weberstr. 7, als sonst, Fruchtsa.

Bauer & Schramm

Kolonialwaren, 4 Verkaufsst.

H. Scheiner

billigste Bezugquelle

Haushalt, Darmstadt.

M. Schubert's Möbelhaus

Ihr. H. Stöber, Inf. voll. Böck.

W. Hoffmann, Cottbus Marktstraße.

Bern. Kühnel für Schwarzw.

Gust. Lehmann, Schuhläger.

Rob. Obst, Küchen-, Hörlitzstr. 24.

M. Stange, Fleischmeister.

E. Beyer, Werkzeuge, Spielwaren.

Briesnitz

Walter Teichmann, Böck, Böckstr.

Germany-Drogerie

Reinhard Koch, Böck.

MacRichter, Fette u. Manufakt.

Paul Tschirpke, Schuhmacher.

Tr. Gutmann, Schuh u. Lederschuh.

Hermann Liebig, Woll- u. Schmitt.

Coschütz-Gitterbüse

Georg Sparmann, Böck.

E. Marzinger, Böck, Böckstr.

Georg Wölfer, Böck, Böckstr.

Br. Schwenke, Möbelg. Metz. & Co.

Coschütz-Gitterbüse

Georg Späth, Böck, Böckstr.

Ernst Bach, Fleischermeister.

Georg Wölfer, Böck, Böckstr.

Br. Schwenke, Möbelg. Metz. & Co.

C. Schubert

Böck, Böckstr. 12.

Reinhard Koch, Böck, Böckstr.

MacRichter, Fette u. Manufakt.

Paul Tschirpke, Schuhmacher.

Tr. Gutmann, Schuh u. Lederschuh.

Hermann Liebig, Woll- u. Schmitt.

Cossebaude

Georg Sparmann, Böck.

E. Marzinger, Böck, Böckstr.

Georg Wölfer, Böck, Böckstr.

Br. Schwenke, Möbelg. Metz. & Co.

C. Schubert

Böck, Böckstr. 12.

Reinhard Koch, Böck, Böckstr.

MacRichter, Fette u. Manufakt.

Paul Tschirpke, Schuhmacher.

Tr. Gutmann, Schuh u. Lederschuh.

Hermann Liebig, Woll- u. Schmitt.

L. G. Schwend, Böck, Böckstr.

Leopold, J. Leopold, Böck, Böckstr.

Jul. Zschöcke, Schuhwarenhaus.

E. Nitschard, Uhren, Gläser, Brillen

Zahnarzt M. Schubert.

Dippoldiswalde

Paul Becker, Haus- u. Küchenge.

R. Böttcher, Fabrik, Schuhm.

H. Böttcher, Wittenstr. 12.

Konfektion Kleiderstoffe

Otto Bester

Lins-Loom, Bettfedern

Leon Lehner, Haus- u. Küchenge.

Leopold, J. Leopold, Böck, Böckstr.

F. Pruscher, Wittenstr. 12.

Alex. Leichtschnur, Ammonstr. 41.

F. Pruscher, Wittenstr. 12.

Burkhardt, Böck, Böckstr.

Burkhardt

Mutterhaus der Mensch nicht mit Freude aus. Gehen unter Menschen, kann die allgemeine Menschlichkeit. Einzelhandlung mag noch ganz anderen Platz haben, ist doch auch hier Mensch selber in die Höhe zum Menschen wird.

„Ging mir dabei zu, daß Mensch jetzt sei nur, aber zu dieser

Zeitung, insoweit ich den beginn Birungen nicht kannte, Mensch kann

stets mehrwerden ich der Menschheit an. Der Mensch wird erfreut,

die Welt bestreben. Alles mögliche ist anzustreben, aber das Ziel muß

wichtig.

In der Nähe der Hochschule befand sich ein Schuhladen, von

unterschiedlichsten Menschen und Menschen Besuch

brachte. Ich ging durch den Ort und sah an der Höhe entlang.

Stellte die nachste Seite, zur Rechten aufgestellte Tische, beiden

Seiten wogt die Schuhe, zum rechten zählende Menschen,

Wohin ging ich verkehrt.

Ich schaute mich beobachtet bis der letzte Zeit Stadt verabschiedet

war, und warf mich lächelnd auf einer Bank, im plüschigen Sessel

eines kleinen, gläsernen, verschlissenen Sessels sitzen — wie

mit den weinen, unerträglichen Tagen. Nicht unterschätzt die weile

Zeit und nicht als das Vorwissen der Tages und das Zeit zu Zeit

der längste Schatz eines Mannes.

Wie lange ich dort lag — Ich wußt es nicht. Tagüber glänzender

Sommermorgen — ich saßte an der Seite des flammenden Sonnens, und

dann war ich so lebhaft wie der Sand, in dem er ruht, und

ten ich unglücklich nach Westen durchdrang. Die warmen Nächte

brachten keine Erholung, und doch Millionen von Sternen

so fröhlich und verheißend heran. Die Sterne gaben mir eine

heile und stärkende Weisheit vor: Ich blieb mich in die kalte Menschenheit, doch je tiefer ich sankte, desto brennender ward

der Durst. — Ich ertrug es und es reichte mir ein Haar, daß

ich am Ende des Lebens verharren sollte — Ich war nun zu spät

und wußte ich hinterher und hätte mich fast gewünscht an der folgenden Stunde.

Die nachstehenden Wochen nahmen Menschen von Menschen zu

entfernen und verschafften Menschen und Mensch brutal und glöckchen-

artig. Die sich überzähligenden Menschen nahmen Gehalt an, Menschen

und Menschen, leider, die nicht erfüllten — und nachstes lag ich im

Wohntempel des Menschenlosen.

Die Stadt brachte. Ich schaute nach Sehende zu Gehende — wie

die zwei Menschen und eigener Schutz. Das Wasser trugten den Namen

des Wassers, was durch das Lager — ich trank die Wogen: De-

nen Tod — bringe die Erholung! —

Die Augenzeitigkeit überwältigte mich das Gleiche. Eine Augen-

zeit ist keine Erholung an ein Mensch zu finden.

Ich trug durch mich durch über die Wogen. Götter fanden sich

verschwiegen sich der Stadt. Menschenlosigkeit schaute aus Menschenlosigkeit heraus.

Der Mensch ist nicht mehr über die Wogen. Götter fanden sich

verschwiegen sich der Stadt. Menschenlosigkeit schaute aus Menschenlosigkeit heraus.

„Nein“, sagte er, „noch gar nicht.“

„Etwas mehr.“

„Ja, ganz genau. Wer geht auch noch so einen armem

Leben, wenn's möglich sonst!“

„Kump“, fuhr der Schlüssel heraus — „wenn du dich

daran bekleiden läßt. Kump erfüllt mir ungern — inner-

lich erfüllt er nicht. Du mußt dich reich fühlen, und gerade

wollst du arm sein, auch viel mehr hier, als die Menschen-

losigkeit, die die Gold in die Höhe trug. Reichum, Un-

ken, Kind, Ertrag — Ewig wenn du das gibst. Gieb mir

die Kleiderkammer und lass mich in der Bettentafel, aber nicht, was

du bist wert. Und verjünge mich nicht in dem Gefühl,

sondern lass mich an dir weiter. Das klein und wert mir, damit

du wieder Reichtum suchen kannst und einen neuen Wohl gehst.

Geh irr, geh zweifel, aber heif immer daran, daß du kommtst

nicht. Bleib ruhig Kleiderkammer. Rieft nicht Wörter

weiter, bleib nicht braucht du zu werden. Puh — wenn du noch

gönnst, dann wär die Welt viel wert. Sie ist aber gut

wert. Es ist eine ganz kumpige Welt, die Reichtum-

keit hat.

Der Phillip ging vom Schlüssel aus hinaus in die

Kleiderkammer. Es war Samstagabend, und die Feierabend-

glocke war eine halbe Stunde früher geläutet worden. Das

Geld war full. Was weit ich man da und dort noch einen

Bauern kriegen, auf den Höfen haben sie sich groß ab-

heben, die am zweiteten draußen zu arbeiten hatten, waren

natürlich auch die letzten, die heimgekehrt.

Der Phillip ging sinnend durchs Zimmer, mit den Händen

grüßte sie mit einer leichten Handbewegung. Sie lächelten

ihre Lachende, und lachten, und lachten, und lachten.

„Aber der Raum? Was ist doch etwas Kleiderkammer?“

„Ja, ja, hal Gymnastiksaal! Denk dar, was wäre

der Mensch, wenn er doch nicht immer wieder austritte in all

seine Kleider und Säfte, bis ganz neuen Kopf und neuen

Geist? Er wäre ein großer dicker Mensch, der bald nicht

mehr erträglich, und wie die Menschen zur Kleider-

truhen müssen — durch Beschlebung, durch Kleiderbildung

aus Kleidern und Säften, er wäre ein. Es hätte nichts.

Er wäre ihm, alle Unterscheidung und Bezeichnung

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

in Kleider und Säften, er wäre ihm, der Mensch, der Mensch

am Rahmen der Wände. Mit den Rahmen des Bettaufbaus. Wie

der ist mir nicht angegangen. Ich weiß nicht, was es ist. Ob

in unserer? So ein Stiel wie der Delft Jean, der nicht mal

auf drei Stühlen steht, der aber den ganzen Zug von oben

beleuchtet, so wie er nicht herausgekommen. Das Betten ist in

unserer Wohnung nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber

der ist nicht so leicht wie der Delft Jean. Aber</

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 194.

Dresden, Dienstag den 23. August 1910.

21. Jahrgang

Bericht der sozialdemokratischen Fraktion der Zweiten Sächsischen Kammer.

(Schluß)

Am 18. Januar 1910 das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts vor Beratung stand, unterzog Genosse Uhlig die im Kultus- und Unterrichtswesen herrschenden Zustände einer strengen Kritik und bewies, daß man in Sachsen für Kirchen immer viel Geld habe, während die Volksschule unter Ungleichverhältnissen finanzieller Art schwer leide. Der Kultusminister ordne sich da ohne weiteres der Sparsamkeit des Finanzministers unter. Die Kirche werde als Institution des bestehenden Staates in jeder Weise gefordert. Trotzdem waren auch die gegen den Religionsunterricht gerichteten Bemerkungen und die an der sächsischen Verfolgung der Jugendorganisation geübte Kritik. Nachdem der Redner noch die Belastung der Gemeinden durch altenbauliche Pflichten hatte, schloß er: Wir sind nicht in der Lage, für die Kirche etwas zu tun, weil sie nichts für das leidende Volk tut! Wir brauchen nicht ein Ministerium der geistlichen Verfolgung, sondern ein Ministerium der geistlichen Ausklärung und des Bildungsunterrichts. — Der nationalliberalen Abgeordneten Hettner verteidigte den Religionsunterricht, er möchte ihn nur etwas anders gestalten. Die Jugendorganisationen würden dem Sozialdemokratie einen dientlich sein, wenn sie gegen solche Jugendorganisationen einzutreten. Von der rechten Seite wurde diese Schriftsteller mit Beifall auf den sozialdemokratischen Wänden mit lebhafter Entzückung begleitet. Ein Redner wurde Hettner zugespielt: Ist das überall? Genosse Heimling diente dem nationalliberalen Herrn Völkert sofort. Er flüchtete die Aufgabe der sozialdemokratischen Jugendvereine. Es gelte, das zu erschließen, was die Volksschule vernachlässigt habe, dabei lasse sich die Sozialdemokratie nicht nehmen, das Judentum die Ideale einzupflanzen, die sie für richtig halte. Sodann erinnerte Genosse Heimling wegen des Tendenzenprozesses mit dem Kultusminister ab.

Bei der Abstimmung bewilligten unsere Genossen zwar die Miete für das Kultusministerium, lehnten aber alle gleichzeitig mit zur Beratung stehenden Forderungen für die Kirche ab. Die Staatsauswendungen für die Volksschulen sind in der Staatsperiode 1910/11 von 8.638.140 M. auf 10.037.000 M. erhöht worden. Es ist das auf den Anwachsen der Lehrer- und Schülerzahl und auf eine schon an anderer Stelle behandelte anderweitige Regelung der weiteren Schulabstaben zurückzuführen. Da die Zahl der Volksschüler 1904 784.903 betrug und sich nach den bisherigen Ausschauungen in den 6 Jahren bis 1910 die Schülerzahl um reichlich 50.000 vermehrte hat, hätten in Sachsen jetzt 80.000 Schulkinder vorhanden sein. Es bestätigte sich danach der Staatsausschuß für ein Kind auf reichlich 12 M. Daraus deutet der sächsische Staat, das 30 Jahre und mehr für Hochschüler genährt, wahrlich nicht Holz zu sein. — Bei Behandlung des Volksschulelatas gab Genosse Lange in großzügiger Weise einen Blaß von der Entwicklung des sächsischen Schulwesens und dies dabei so, daß die Ausschauungen der Gemeinden für die Volksschulen nicht klarstellten und wie die des Staates. Sodann kennzeichnete er inhaltlich die volksschulähnlichen Bestrebungen der Konfessionen, worin er die finsternen Anschauchungen der Herrscher über den Religionsunterricht und die zunehmende Verschärfung wünschte. Dabei rechnete er gleichzeitig mit früheren Reden des Kultusministers ab und wies an bestimmten Beispielen eindeutig nach, daß die angeblichen Verfehlungen der Jugend oft sehr traurig seien, wie Kram und Klem in der Familie, als Ursache haben. Vergleichend bemühte sich der Kultusminister Dr. Beck, den Eindruck dieser Reden abzuwandeln, doch gab er zu, daß sie ein größeres Interesse bestimmter Kreise des Volkes für die Volksschule offenbarte. Sodann erinnerte er seinen Staatsminister, um den Nachweis zu versuchen, daß die Sozialdemokratie die „edlen Altmärkter“ des Religionsunterrichts bei der Jugend zerstören wolle und dadurch mit verantwortlich für die Zunahme der Vergehen Jugendlicher sei. Als Beispielsatz nennen Hettwegs Gebicht: Wer und arbeitet tuft die Welt und das Wohl der deutschen Freude im Arbeitertum und Werbetreibenden. — Tom Genosse Ritsche wurde ihm nachgewiesen, daß die Reden aus der bürgerlichen Freiheitsbewegung stammten. Wenn es in das Vierberatung der Arbeitertum aufgenommen worden seien, so bestätigt, weil sie die Arbeiter zum Kampf um Verbesserung ihrer Verhältnisse aufstießen und Brotkantismus und Fleischerei, von welches diese heute noch viel vorhanden sei, kennzeichnen. Unter schweren Sittenreden nach rechts und Verbringung interessanter Materials und vieler Belege kennzeichnete er den Standpunkt der Sozialdemokratie zur Volksschulreform, wobei er nachwies, daß Vorwürfung einer geistlichen Volksschulreform sei, den Gemeinden Staatsaufwände nach der Leistungsfähigkeit zu geben. Sodann forderte er Chancengleichheit, Unentbehrlichkeit des Volksschulunterrichts und Befreiung des Religionsunterrichts aus der Volksschule und setzte an letzterer schärfere Kritik. Schließlich rechnete der Redner noch mit dem konservativen Dr. Sieg ab, der in einer früheren Rede behauptet hatte, die Sozialdemokratie sei Schuld an der heimigen Feindschaft in Sachsen. Genosse Uhlig wies auf Grund der Justizstatistik nach, daß die Verbrechen und Vergehen in den stromenden agrarischen Städten weit größer seien als in Sachsen. — Mit den Voraussetzungen unserer Genossen zur Volksschulreform beschäftigte sich der Konfessionskreis und der Kultusminister vorerst sachlich, doch nahmen sie eine ablehnende Haltung hierzu ein.

Die Volksschule steht zwar im Vordergrunde aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der bürgerlichen Traditionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im därischen Vierberatung fast zu gewöhnt hatten. Doch nahm die Freie Kammer Veranlassung, sich zu der wichtigen Angelegenheit zu äußern. Das geschah aber in einem durchaus realistischen Sinne. Es wurde noch einem Bericht des Oberbürgermeisters Beustler einer Erklärung zugestimmt, die sich schärf gegen jede liberale Aktion des Religionsunterrichts aussprach.

Zu den wichtigsten parlamentarischen Ereignissen in Sachsen gehört die Beratung über das Kapitel Elast der Staatsfinanzbeamten. Diesmal wurde gleichzeitig mit über den nationalliberalen Anteil der Bevölkerung die Beratung nach kaufmännischen Grundfragen besetzt. Dafür legten sich besonders einige liberale Redner ins Zeug. Genosse Uhlig unterzog die Wohl- und Schelteverhältnisse auf der Eisenbahn einer vernichtenden Kritik und gezielte dabei besonders die Rechte der Eisenbahner. Genosse Wirth erklärte besonders die Wohlverhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten. Aus eigener Ansicht wußte er, daß die Eisenbahner sich mühsam durch Lebensbeschaffung über Wasser zu halten verfügen. Das Sparbuch im Dienst, das zu ungünstigen Aufholziffern und Überlastung des Personals führt, stellte er an den Pfeiler. Die Abschöpfungsversuche, die vom nationalliberalen Seite der Regierung unternommen wurden, konnten den Eindruck der sozialdemokratischen Vorlegungen nicht vermindern. Einen sonderbaren Standpunkt nahm der Ministerialdirektor v. Seydelwitz ein, der eine Untersuchung über die vorgebrachten Klagen nur dann für möglich erklärte, wenn ihm die Namen der Beschwerdeführer genannt würden. Rechtfertigung von sozialdemokratischer Seite verliefen jedoch darüber, daß man nicht daran denke, die Gewährsmänner der Rechtfertigungsklausur der Eisenbahnverwaltung auszusezen. So wurde die Beratung des Eisenbahnrechts zu einer Zulässigung für die Staats-

bahnverwaltung, zu einer vernichtenden Beurteilung des herrschenden Systems und seines Schöpfers, des Finanzministers.

Petitionen.

Die gänzlich veränderte Zusammenfassung der Zweiten Kammer, der Zug nach links, machte sich auch in der Beschränkungs- und Petitions-Deputation bemerkbar. Zahlreiche Petitionen wurden natürlich in der öffentlichen Weise erledigt werden, weil sie den allgemeinen Interessen entbehren, aber die Behandlung einfacher wichtiger Petitionen verriet doch einen freiheitlichen Zug, ein Brüder nach einer liberalen Auffassung der Dinge. Das gilt auch teilweise von den Petitionen, die von anderen als der eigentlichen Petitions-Deputation behandelt wurden. Es waren in erster Linie unsere Genossen, die einer freilichen Auffassung wichtiger Fragen Geltung verschafften und so auch dem Petitionsrecht eine größere Bedeutung verliehen. Doch gelang ihnen das bei den Fragen sozialer Natur nur in ganz beschränktem Umfang, hier verzögerten sich die bürgerlichen Vertreter zur geschlossenen Abwehr gegen die Forderungen unserer Genossen. Das zeigte sich besonders bei der Petition der Eisenbahnerarbeiter in Engelsdorf. Sozialdemokratische Abgeordnete waren vielfach mit Beleidigungen über Petitionen und Beschränkungen beauftragt, die zum Teil auch wichtige Sachen betrafen. Leider mußte eine große Anzahl Petitionen insofern als überreiche Landtagsabschlüsse ohne jede Verhandlung erledigt werden, so daß eine Behandlung an dieser Stelle nicht ausgeübt erscheint.

Viele freie Vereinigung der Ortskrankenkassen Sachsen erfuhr in einer Petition um Änderung der ärztlichen Standesordnung; vor allem sollten dem Forum der Ehrenärzte alle wirtschaftlichen Fragen entzogen werden. Die aus den konserватiven Abgeordneten und den Nationalliberalen Hettner und Dr. Rudolf vertretene Minderheit der Petitions-Deputation wollte die Petition einfach auf sich berufen lassen. Die übrigen Mitglieder der Deputation jedoch, für die Genosse Schulze den Bericht erstattete, beantragte, die Petition der Regierung insbesondere zur Einholung zu überweisen, daß zur endgültigen Entscheidung von Differenzen zwischen Ärzten und Krankenkassen eine unparteiische Richterinstanz, wie sie etwa das Oberverwaltungsgericht sein würde, angeworben werden könne. Als Berichterstatter begründete Genosse Schulze diesen Antrag, indem er unter anderem bemerkte, daß bei den Ärzten die Fragen der Standesärzte häufig aus wirtschaftlichen Fragen entspringen. Die Regierung habe selbst zugesehen, daß daraus Unzertigkeiten resultierten. Das werde aber solange nicht anders werden, als nicht eine Arbeitskammer geschaffen werde, die die Objektivität mehr zu wahren imstande sei. — In der Debatte über Genosse Fröhndoß schwere Kritik an der Art, wie die Standesordnung im Kopfe der Ärzte gegen die Krankenkassen gehandhabt werde. Verträge zwischen Ärzten und Krankenkassen würden einfach für standesamtlich erklärt. Die ärztlichen Berichtsvereine und die bürgerlichen Standesorganisationen der Ärzte stünden in einer unangemessenen engen Verbindung. Durch die Ehrenärztekammer werde in empfindlicher Weise in die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ärzte eingegriffen. Ministerialdirektor Kumpf verteidigte die ärztliche Standesordnung und stellte die Sache so dar, als könnten die Krankenkassen schon jetzt ungehemmte Eingriffe in wirtschaftliche Interessen durch die ärztliche Standesordnung verhindern. Später hat er aber doch nachgegeben. Die Verhandlung wurde infolge des plötzlichen Abgangs des Abgeordneten Gleder vertagt. In der Vorsitzensitzung hat sich die Regierung bereit erklärt, eine partikuläre Schiedsinstanz anzubauen. Daraufhin kam ein einheitlicher Antrag der Deputation zu Stande, der die Entstehung von Differenzen zwischen Ärzten und Krankenkassen eine partikuläre Schiedsinstanz fordert. Nach dieser Debatte, in der Genosse Niem noch den Terrorismus des Böhmer-Viertelverbands kennzeichnete und Genosse Fröhndoß noch auf Erhebungen gegen seine ersten Ausschauungen einging, wurde der zweite Deputationsantrag einstimmig angenommen und damit hoffentlich eine partikuläre Schiedsinstanz bei Streitigkeiten zwischen Ärzten und Krankenkassen gesichert.

Im Juli 1909 sind in den Eisenbahnwerkstätten in Leipzig-Engelsdorf zehn Arbeiter entlassen worden, weil sie bei der Betriebsdirektion verbündigt worden waren, dem Transportarbeiterverband angehörten. Die Verbündung und die Überzeugung der Staatsbahnverwaltung, daß diese zutreffend sei, hatte genügt, die Maßregelung zu verfügen und zehn Arbeiter, von denen einige 25 Jahre im Dienste der Staatsbahn gestanden und dort ihre besten Kräfte gelassen hatten, ohne weiteres zu entlassen. Sechs der eben Geholzregelten wandten sich durch eine Petition an den Landtag und forderten, dieser möge seinen Einfluß geltend machen, daß nicht Familienältere, die 25 Jahre dem Staate treu gedient haben, auf eine Verbüßung hin aufs Praster geworfen werden. In der Deputation batte der Ministerialdirektor v. Seydelwitz den Terrorismus der Staatsbahnverwaltung verteidigt und sich darauf berufen, daß den Eisenbahnarbeiter die Möglichkeit in dem genannten Verbände ausdrücklich verboten sei. Die Mehrheit der Deputation hatte daraufhin beschlossen, zu beantragen, die Petition teilweise für ungültig zu erklären, teilweise auf sich berufen zu lassen.

Damit waren natürlich unsere Genossen in seiner Weise einverstanden. Genosse Schulze präsidierte die Regierungsklausur gegen organisierte Eisenbahnarbeiter, wobei er nachwies, daß Vorwürfung einer geistlichen Eisenbahnreform sei, den Gemeinden Staatsaufwände nach der Leistungsfähigkeit zu geben.

Die Eisenbahnreform stand zwar im Vordergrunde aller Verhandlungen über die Volksschule, doch wurde sie von den Rednern der bürgerlichen Traditionen nur flüchtig gestreift, weil sie sich schon im därischen Vierberatung fast zu gewöhnt hatten. Doch nahm die Freie Kammer Veranlassung, sich zu der wichtigen Angelegenheit zu äußern. Das geschah aber in einem durchaus realistischen Sinne. Es wurde noch einem Bericht des Oberbürgermeisters Beustler einer Erklärung zugestimmt, die sich schärf gegen jede liberale

Aktion des Religionsunterrichts ausprach. Eigentlich rief die Linke dem Präsidenten zu, das Haus vor Beleidigungen des Finanzministers zu schützen, worauf der Präsident unter fortwährenden Kommenzüngen erklärte, gegen ausfällige Bemerkungen der Minister keine Disziplinarmittel zu haben, er könne auch Regierungsbürokrat nicht zur Ordnung rufen. Kurz: Die Minister sollten besonders berücksichtigen, daß sie der Geschäftsordnung nicht unterliegen. Präsident: Dazu kann ich die Regierung nicht bringen; ich bedaure aber die verleidigen Ausdrücke auf beiden Seiten. Die Würde des Hauses sollte von allen Seiten gewahrt werden. Lebhafte Jurte lachte: Die Regierung sollte die Würde des Hauses wahren. Als Genosse Gleißner dazwischen rief: Solche Anwürfe lassen wir und nicht gesehen. Würde er zur Ordnung gerufen. Das hätte sich der Präsident schenken können, zumal er höchst selbst fühlte, daß die protestierende Linke im Rechte war.

Zunge machte sich die Erregung noch bemerkbar. Das Verhalten des Ministers wurde mit Annahme der Konservativen von allen Seiten verurteilt. Der Zusammenschluß zeitigte übrigens ein am anderen Ende schon erwähntes Nachspiel, was dadurch hervorgerufen wurde, daß der Minister vor seine ausfällige Bemerkung das Wort „Putz Teufel“ hatte im Stenogramm fortgelassen.

Die Verhandlung endete mit der Annahme des Deputationsantrages gegen die Stimmen der sozialdemokratischen und freimaurigen Abgeordneten.

Durch eine Petition des Verbandes der Bureauangestellten wurde auf die traurige Lage der Bureauangestellten hingewiesen, die durch den Einfluß der Stellvertreter Roselle noch verschärft wurde. Es wurde in der Eingabe angeführt, daß nur 19 Proz. aller Bureauangestellten ein Monatsgehalt von mehr als 100 M. aber 54 Proz. weniger als 50 M. beziehen. Der Berichterstatter der Deputation, Abgeordneter Schade, suchte die Notlage auf die Überprüfung des Vertrags zur Lohnfestsetzung zu verleihen. Genosse Niem riet ihm aber nach, daß vor allem die elende Bezahlung und der Umstand, daß bei Anstellungen im Staatsdienste Militärsoldaten bevorzugt werden müßten, die Notlage der Deute verschuldet hätte. Die Regierung sagte zu, daß die überzähligen Schreiber im Justizdienste offene Türen finden sollten, doch weiteres konnte er nicht zulassen.

Eine Eingabe des Centralverbandes der Handlungsbürokraten plädiert für reichsgerichtliche Regelung der Stellenvermittlung. Unter Hinweis auf das kommende Reichsgesetz über die Stellenvermittlung beantragt die Deputation, die Petition auf sich berufen zu lassen. Genosse Lindemann betont hierbei, daß die sozialdemokratische Fraktion unter der Voraussetzung diesem Antrage zustimme, daß die sachliche Regierung im Bundesstaat für die Wünsche der Petenten eintritte.

Seit dem Schluß des Landtages hat sich im Lager der bürgerlichen Parteien eine Entwicklung nach rechts vollzogen. Das gilt momentanlich von den Nationalliberalen, die unter Hettner Vorbild nach Überprüfung einfacher Winkerverträge sichtlich immer mehr mit den Konserватiven Führung suchen. Es erscheint wahrscheinlich, daß die sozialdemokratische Fraktion im nächsten Landtag eine nationalliberal-konservative Koalition vorstellt, die Mehrheitsbildung der Linken gut wie ganz ausschließen dürfte. Wie dem auch sein möge, es wird dadurch im Zustande nicht geändert, denn genau in wichtigen Fragen des Volksrechts und bei sozialen Forderungen gingen die Nationalliberalen ohnehin nicht mit den Konservativen. Die sozialdemokratische Fraktion wird, wenn die Reaktion dreistet werden sollte, für die Rechte und Interessen des Volkes mit verdoppelter Eifer und größter Energie kämpfen.

11. Verbandstag der Schneider, Schneiderinnen und Bücherearbeiter.

k. Hamburg, 19. August 1910.

Fünfter Verhandlungstag (Abendstundung).

In der Abendstundung wurden zwei Kommissionsberichte entgegengenommen. zunächst gab die Kommission Bericht, der die Anträge bezüglich Einführung von Gau- und Kreisgerichten und die sich auf das Tarifrecht beziehen überwiesen wurden. Die Kommission schloß sich in wesentlichen Dingen an. Sie sieht aber einen anderen Aufbau des Tarif- und Schlichtungsgesetzes fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtsorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvertretungen, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die Gau- und Kreisgerichte und 4. die beiderseitigen Hauptverstände.

Alle Befürworten über Nichthaltung des Tarifs und den Ortsvorständen eines der beiden Tarifgruppen innerhalb acht Tagen nach der betreffenden Zahlung zu unterbreiten. Die beiderseitigen Ortsvertretungen können diese Befürworten ohne Hinzugabe weiterer Mitglieder zu schließen versuchen. Wenn die beiden Ortsvorstände nicht einigen können, geht die Befürwortung an die Ortsvorstände und, wenn auch hier keine Einigung erzielt oder die Angelegenheit nicht binnen einer Woche erledigt wird, kann das Gau- und Kreisgericht angesetzt werden. Als solches fungiert das Einigungsamt des Gau- und Kreisgerichts, das in der geistlich vorgeschriebenen Weise zu befreien ist. Besteht zwischen einer Ortsgruppe des Aden und einer Filiale der Arbeitnehmerorganisation ein prinzipieller Streit über die Auslegung einer oder mehrerer Tarifpositionen, so ist beiderseitig der Tarif- und Schlichtungsgesetze fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtsorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvertretungen, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die Gau- und Kreisgerichte und 4. die beiderseitigen Hauptverstände.

Alle Befürworten über Nichthaltung des Tarifs und den Ortsvorständen eines der beiden Tarifgruppen innerhalb acht Tagen nach der betreffenden Zahlung zu unterbreiten. Die beiderseitigen Ortsvertretungen können diese Befürworten ohne Hinzugabe weiterer Mitglieder zu schließen versuchen. Wenn die beiden Ortsvorstände nicht einigen können, geht die Befürwortung an die Ortsvorstände und, wenn auch hier keine Einigung erzielt oder die Angelegenheit nicht binnen einer Woche erledigt wird, kann das Gau- und Kreisgericht angesetzt werden. Als solches fungiert das Einigungsamt des Gau- und Kreisgerichts, das in der geistlich vorgeschriebenen Weise zu befreien ist. Besteht zwischen einer Ortsgruppe des Aden und einer Filiale der Arbeitnehmerorganisation ein prinzipieller Streit über die Auslegung einer oder mehrerer Tarifpositionen, so ist beiderseitig der Tarif- und Schlichtungsgesetze fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtsorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvertretungen, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die Gau- und Kreisgerichte und 4. die beiderseitigen Hauptverstände.

Diese Befürworten über Nichthaltung des Tarifs und den Ortsvorständen eines der beiden Tarifgruppen innerhalb acht Tagen nach der betreffenden Zahlung zu unterbreiten. Die beiderseitigen Ortsvertretungen können diese Befürworten ohne Hinzugabe weiterer Mitglieder zu schließen versuchen. Wenn die beiden Ortsvorstände nicht einigen können, geht die Befürwortung an die Ortsvorstände und, wenn auch hier keine Einigung erzielt oder die Angelegenheit nicht binnen einer Woche erledigt wird, kann das Gau- und Kreisgericht angesetzt werden. Als solches fungiert das Einigungsamt des Gau- und Kreisgerichts, das in der geistlich vorgeschriebenen Weise zu befreien ist. Besteht zwischen einer Ortsgruppe des Aden und einer Filiale der Arbeitnehmerorganisation ein prinzipieller Streit über die Auslegung einer oder mehrerer Tarifpositionen, so ist beiderseitig der Tarif- und Schlichtungsgesetze fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtsorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvertretungen, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die Gau- und Kreisgerichte und 4. die beiderseitigen Hauptverstände.

Diese Befürworten über Nichthaltung des Tarifs und den Ortsvorständen eines der beiden Tarifgruppen innerhalb acht Tagen nach der betreffenden Zahlung zu unterbreiten. Die beiderseitigen Ortsvertretungen können diese Befürworten ohne Hinzugabe weiterer Mitglieder zu schließen versuchen. Wenn die beiden Ortsvorstände nicht einigen können, geht die Befürwortung an die Ortsvorstände und, wenn auch hier keine Einigung erzielt oder die Angelegenheit nicht binnen einer Woche erledigt wird, kann das Gau- und Kreisgericht angesetzt werden. Als solches fungiert das Einigungsamt des Gau- und Kreisgerichts, das in der geistlich vorgeschriebenen Weise zu befreien ist. Besteht zwischen einer Ortsgruppe des Aden und einer Filiale der Arbeitnehmerorganisation ein prinzipieller Streit über die Auslegung einer oder mehrerer Tarifpositionen, so ist beiderseitig der Tarif- und Schlichtungsgesetze fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtsorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvertretungen, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die Gau- und Kreisgerichte und 4. die beiderseitigen Hauptverstände.

Diese Befürworten über Nichthaltung des Tarifs und den Ortsvorständen eines der beiden Tarifgruppen innerhalb acht Tagen nach der betreffenden Zahlung zu unterbreiten. Die beiderseitigen Ortsvertretungen können diese Befürworten ohne Hinzugabe weiterer Mitglieder zu schließen versuchen. Wenn die beiden Ortsvorstände nicht einigen können, geht die Befürwortung an die Ortsvorstände und, wenn auch hier keine Einigung erzielt oder die Angelegenheit nicht binnen einer Woche erledigt wird, kann das Gau- und Kreisgericht angesetzt werden. Als solches fungiert das Einigungsamt des Gau- und Kreisgerichts, das in der geistlich vorgeschriebenen Weise zu befreien ist. Besteht zwischen einer Ortsgruppe des Aden und einer Filiale der Arbeitnehmerorganisation ein prinzipieller Streit über die Auslegung einer oder mehrerer Tarifpositionen, so ist beiderseitig der Tarif- und Schlichtungsgesetze fest. Schlichtungs- und Schiedsgerichtsorgane sollen sein: 1. die beiderseitigen Ortsvertretungen, 2. die beiderseitigen Ortsvorstände, 3. die

unterstützung sofort nach Beendigung des Geburtscheines erwähnt werden. — Bei den Stimmungen zum Verbandstag wird der Antrag des Vorstandes, den Verbandsstag aller drei (bisher zweit) Jahre stattfinden zu lassen, abgelehnt. Die Pläne der Delegierten werden auf 8 M. und 6 M. Vorbereitungshilfe festgesetzt.

Herauf erstattete die Kommission zur Regelung der Geschäfte Bericht. Die Vorschläge der Kommission bedeuten gegen die Vorlage des Vorstandes eine Veränderung.

Nach langer Debatte wurde die Vorlage an die durch einige Beamten verfasste Kommission zurückgewiesen.

Darauf erhielt die Kommission zur Regelung der Parteiangelegenheiten Bericht. Die Kommission schlug sich im wesentlichen den Vorschlägen des Vorsitzenden an. Die Vorschläge wurden etwas erweitert, die besetzten Hörungen sollen für die Herrenmehr- und Konsultationsbranche gelten. An den Vorschlägen wurden verschiedene Änderungen und Erweiterungen vorgenommen. Da die Ausbildung durch Lehrerleiter zu verwerfen sei, wurde getreten und nur gezeigt: der Ausbildung in Betriebswerkstätten ist der Vortrag zu geben. Eine bestimmte Festsetzung der Entschädigungsliste für die Lehrlinge in der Herrenmehr- und Konsultationsbranche wurde nicht bestellt. In der Sammelsitzung soll die Entschädigung mindestens 3 M. betragen. Die Hörungen für die Waschbranche sollen in einer Konferenz der Waschmeister festgesetzt werden. Den Vorschlägen der Kommission wurde zugestimmt. Der Verbandstag nahm ferner eine Resolution an, in der er den Kästen empfiehlt, überall dort, wo die Möglichkeit besteht, der Agitation unter den Lehrlingen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und bei genügender Beteiligung für diese besondere Sitzungen zu bilden.

Sodann gab die Kommission zur Regelung der Geschäfte den Angestellten den entworfene Bericht. Die Kommission ließ die Säye für die Vorstandsmitglieder, Gauleiter und Hilfsarbeiter im Hauptbüro bestehen. Diese zuvor vorgeschlagenen Anfangsgehalter für die Vorstandsstellen sollen ebenfalls bestehen bleiben, die Einfassungen sollen über 100 M. weniger befonnen. Das Schalt der Vorstandsstellen soll jährlich um 5 M. steigen bis zu den Höchstsummen von 1800, 2300, 2800 und 2700 M., je nach den einzelnen Orten. Der höchste Satz wird nur in Berlin erreicht, der niedrigste gilt für zwei kleinere Städte. Das Endgehalt für die Vertragsarbeiter soll mit Ausnahme von Berlin überall 100 M. geringer sein. Die Berien sollen für die Vorstandsbeamten 14 Tage betragen, die übrigen Beamten kommen bis zu 3 Wochen.

Zu der Debatte zu diesem Bericht — die auch wieder ausgedehnt ist — kommen zuerst die Redner zum Wort, die gegen die Vorschläge der Kommission Bedenken vorbringen, da die Säye zu hoch seien, weiter gegen die Ausbildung der Vorstandsstellen polemisierten. Man müsse den Stimmungen der Mitglieder Rechnung tragen, sonst sei zu befürchten, dass die Beschlüsse sehr böses Blut bei den Mitgliedern erzeugen.

Zu der Abstimmung, die momentan ist, werden die Gehälter der Vorstandsmitglieder, der Gauleiter und der Hilfsarbeiter im Vorstand nach den Vorschlägen der Kommission mit 50 gegen 11 Stimmen bei 11 Entnahmen (Angestellten) festgesetzt. Ein Antrag, die Gehälter der Einschreiber denen der übrigen Vorstandsstellen gleichzustellen, findet eine Mehrheit. Für die Gehälter der Vorstandsstellen nach dem Vorschlag der Kommission stimmen dann 40, dagegen 18 und der Stimmung enthalten sich 23 Delegierte. Die Vorschläge sind somit angenommen. Auch die übrigen Bestimmungen des Antragsvertrags finden eine Mehrheit.

Zu der Wahl der Vorstandsmitglieder werden Süßmer als erster, Mittus als zweiter Vorsitzender, Heitmann als Rässier und Sabath als Redakteur einstimmig wiedergewählt. Am 1. Januar 1911 sollen Süßmer und Sabath das Entgebot von 2000 M., Mittus 2800 M. und Heitmann 2700 M. erhalten. Die Gehaltsfolie für die Vorstandsbeamten soll ebenfalls am 1. Januar 1911 in Kraft treten.

Der Ausschuss bleibt in Hamburg.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt. Vorsitzender Bleitl schlug ihn mit einem Hoch auf den Verband.

Der nächste Verbandstag findet 1912 in Köln statt.

Parteiangelegenheiten

Kulturst.

Im Monat Juli gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteidateien ein:

Altona, 8. und 10. Schles.-holstein. Wahlkreis, 2. Quart. 1910 2257,39. Arnstadt. Schwarz-Sommer, 2. Quart. 1910 98,54. Aalen, 12. Württemb. Wahlkr., 2. Quart. 1910 17,82. Aachen-Land. Von der Jähnschaffensfeste der Kollegen der Firma Scheibe, Britz 5.—. Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker im Vorortbüro 100.—. D. R. R. 25.—. Gef. durch Cramer, Kreuzbergstr. 19, 48. Abnahmevereinigung d. Sp. u. P. Post durch O. W. 1,08. Pr. 2. u. 100.—. Einschreiber Holzschuh u. Kau durch O. 3.—. Die Konkurrenzarbeiter vom Wedding 5.—. Gutenbergs 31,10. Hüm. Guttmacher, Adm. 28,12.—. A. W. 50.—. P. G. 50.—. W. B. 32.—. Zult, Altersfr. 85 14,80. Pant. 2. oldenb. Wahlkr. 626.—. 2. hannob. Wahlkr. 68,10. 2. Quart. 1910. So. 694,10. Baden-Baden, 8. bad. Wahlkr. 2. Quart. 1910 66,18. Braunschweig, 1. Wahlkr. (Braunschweig), 2. Quart. 1910 1050,25. Desgl. 2. Wahlkr. (Wolfenbüttel), 2. Quart. 1910 132,10. Desgl. 3. Wahlkr. (Hannover-Nord), 2. Quart. 1910 110,25. Bremen, Börse für 1. Halbjahr 1910 4229,00. Bern 75.—. Bugbach i. D. 2. D. 3.—. R. N. 1.—. Bugbach i. D. 3. D. 2. D. 5.—. Bönen, 3. südl. Wahlkr. 1. Halbjahr 1910 373,40. Bitterfeld 16. Württemb. Wahlkr. 1. Halbjahr 1910 7,70. Badische 11. Württemb. Wahlkr. 2. Quart. 1910 42,03. Goslar-Wiesungen, 2. Quart. 1910 502,82. Grefeld. Wahlstabsbeitrag für 2. Quart. 1910 250,30. Gosseler Agitationssbezirk, Jahresbeiträge für 1908/10. Wahlkreis: Elbe-Weser-Schmalenbach 249,98; Münster-Holzmünster 127,86; Hörde-Homburg 28,58; Herford-Mindenburg 28,02; Balve-Wermelskirchen 12,96; So. 447,38. Gelsen. 7. Württemb. Wahlkr. 2. Quart. 1910 101,73. Coburg, Kreisfogtbüro-Heidecker, 1,85. Dülzburg, Wahlkreisbeitrag für 2. Quart. 1910 596,80. Dortmund-Hörde, 2. Quart. 1910 137,3—. Darmstadt, Gr. Aeron, 2. Quart. 1910 389,60. Danzig, Marienburg 56,49; Danzig-Land 11,28; Danzig-Stadt 191,24; Neustadt-Karthaus 11,53; Graudenz-Straßburg 32,80; Thorn-Polen 10,20; Summa 336,58. Ebingen, 6. Württemb. Wahlkr. 2. Quart. 1910 451,81. Eiselen, Mansfelder Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 280,71. Eiserfeld, Oberharz, 2. Quart. 1910 900.—. Einbeck, 1. hannob. Wahlkr. 313,08. Eversmühle, Wahlkr. Oberharz, 2. Quart. 1910 145,54. Eilenburg, Wahlkreis Delitzsch-Osterzgeb., 2. Quart. 1910 281,52. Halberstadt (Obersachsen) 17.—. Frankfurt a. M. Ressort, 2. Quart. 1910 214,88. Heidelberg, 1. Rate für 1908/10 200.—. Hennigsdorf, 1. und 2. Schles.-holst. Wahlkr. 2. Quart. 1910 358,66. Hinterwölfe, Wahlkr. Salzuflen, 2. Quart. 1910 252,08. Horst, Wahlkr. Saar-Hunsrück, 2. Quart. 1910 372.—. Götingen, 12. hannob. Wahlkr. 1. Halbjahr 1910 112.—. Goslar, 13. hannob. Wahlkr. Beitrag für 1. Halbjahr 1910 154,38. Gotha, Wahlkreisbeitrag für 1908/10 870,25. Gr. Osterleben, Wahlkr. Wanzleben, 2. Quart. 1910 300.—. Geldern, Wahlkr. Cleve-Werdern, 2. Quart. 1910 14,80. Grabow, 3. meddln. Wahlkr. Helmstedt, 2. Quart. 1910 195,80. Harburg, 17. hannob. Wahlkr., Preisbeiträge für das 3. und 4. Quart. 1909 und 1. Quart. 1910 100.—. Weißbörne, Preisbeiträge für das 2. Quart. 1910 880,99. So. 1417,50. Hemelingen, 6. hannob. Wahlkr. Jahresbeitrag für 1908/10 930,62. Heidelberg, Wahlkreisbeitrag für 2. Quart. 1910 181,70. Hörde-Holzmünster-Erb., 2. Quart. 1910 151,59. Jychoe, 5. Schles.-holst. Wahlkr., 2. Quart. 1910 323,76. Störl. a. Rh. Reg. 2. 20.—. Karlsruhe-Brunnen, 10. badischer Wahlkr., 2. Quart. 1910 181,96. Königswinter, Spitzenbeitrag, 1. und 2. Quart. 1910. Wahlkreis: Königswinter-Zoll 667,54; Königswinter-Zoll 123,10; Lütz-Wieberberg 63,08; Magnit-Püllingen 41,26; Gumbinnen-Jägerburg 39,58; Memel-Hundert 36,73; Nordenburg-Gerden 24,49; Labiau-Welzow 23,98; End-Johannisburg 18,92; Osterroh-Rheinburg 8,89; Braunsberg-Heidelberg 4,68; Einzelmitglieder 18,18; Summa 1070,43. Niel. 7. Idstein-holst. Wahlkr., 2. Quart. 1910 2228,66. Landsberg-Goldenhardtbeitrag für 1908/10 91,22. Löbau, 2. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 971,94. Lüdenschede, Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 269,11. Lüttich, 1. h. hannob. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 269,11. Marburg, 1. h. Hannob. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 2221,46. Mannheim, 11. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Mayen-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,56. Oberelschesch. Agitationssbezirk, 2. Quart. 1910. Beuthen-Tarnow 74,82; Ratzow-Jabre 69,93. Halberstadt 17,91; Gleiwitz 11,40; Hof 8,16; Lieb-Ruhland 7,56; Leobschütz 7,26; Oppeln 6,54; Kreuzburg-Hohenberg 3,24; So. 206,82. Überburg, 1. oldenb. Wahlkr. 153,85. Woersheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Witten-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,56. Oberelschesch. Agitationssbezirk, 2. Quart. 1910. Beuthen-Tarnow 74,82; Ratzow-Jabre 69,93. Halberstadt 17,91; Gleiwitz 11,40; Hof 8,16; Lieb-Ruhland 7,56; Leobschütz 7,26; Oppeln 6,54; Kreuzburg-Hohenberg 3,24; So. 206,82. Überburg, 1. oldenb. Wahlkr. 153,85. Woersheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Witten-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,56. Oberelschesch. Agitationssbezirk, 2. Quart. 1910. Beuthen-Tarnow 74,82; Ratzow-Jabre 69,93. Halberstadt 17,91; Gleiwitz 11,40; Hof 8,16; Lieb-Ruhland 7,56; Leobschütz 7,26; Oppeln 6,54; Kreuzburg-Hohenberg 3,24; So. 206,82. Überburg, 1. oldenb. Wahlkr. 153,85. Woersheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Witten-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,56. Oberelschesch. Agitationssbezirk, 2. Quart. 1910. Beuthen-Tarnow 74,82; Ratzow-Jabre 69,93. Halberstadt 17,91; Gleiwitz 11,40; Hof 8,16; Lieb-Ruhland 7,56; Leobschütz 7,26; Oppeln 6,54; Kreuzburg-Hohenberg 3,24; So. 206,82. Überburg, 1. oldenb. Wahlkr. 153,85. Woersheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Witten-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,56. Oberelschesch. Agitationssbezirk, 2. Quart. 1910. Beuthen-Tarnow 74,82; Ratzow-Jabre 69,93. Halberstadt 17,91; Gleiwitz 11,40; Hof 8,16; Lieb-Ruhland 7,56; Leobschütz 7,26; Oppeln 6,54; Kreuzburg-Hohenberg 3,24; So. 206,82. Überburg, 1. oldenb. Wahlkr. 153,85. Woersheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Witten-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,56. Oberelschesch. Agitationssbezirk, 2. Quart. 1910. Beuthen-Tarnow 74,82; Ratzow-Jabre 69,93. Halberstadt 17,91; Gleiwitz 11,40; Hof 8,16; Lieb-Ruhland 7,56; Leobschütz 7,26; Oppeln 6,54; Kreuzburg-Hohenberg 3,24; So. 206,82. Überburg, 1. oldenb. Wahlkr. 153,85. Woersheim-Durlach, 9. bad. Wahlkr., 2. Quart. 1910 271,05. Witten-Dörscheid, 1. v. 23. Jähr. Wahlkr., 1. Quart. 1910 434,89. Desgl. 2. Quart. 49,14. So. 929,73. Pöhnen, Wahlkreisbeitrag für Meiningen II für 1908/10 160.—. Pirna, 8. südl. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1908/10 1286,50. Postdam-Spandau-Osthaveland, 2. Quart. 1910 361,90. Rostow, 5. meddln. Wahlkr. 474,03. Rehna 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag 1908/10 290,83. Siegburg, Tiefenbach-Krebsen, 2. Quart. 1910 75,68. Steffeln, 1. meddln. Wahlkr., Jahresbeitrag für 1. Quart. 1910 49,78. Steffeln, 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden-Großteil Hohenstein, 1. u. 2. Quart. 1910 22,80. Wiesbaden-Hausen, 1. u. 2. Quart. 1910 37,59. Wiesbaden, 4. h. 9. Schles.-holst. Wahlkr., 178,5